

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Olaf Schwenke

Kulturpolitik im Spektrum der Gesellschaftspolitik

Andreas Johannes Wiesand

Kulturpolitik unter Reformdruck

Hilmar Hoffmann

Kulturdialog für das 21. Jahrhundert

Die Arbeit der Goethe-Institute im Ausland:
Erfahrungen und Herausforderungen

Manfred Osten

Internationaler Wissenschaftleraustausch
als Investition in die Zukunft

Arend Oetker

Kultursponsoring aus Sicht der Wirtschaft

B 41/96

4. Oktober 1996

Olaf Schwencke, Dr. phil., geb. 1936; 1969–1972 und 1984–1991 Studienleiter der Ev. Akademie Loccum; 1972–1984 Mitglied des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und Präsident der Denkmalschutzkommission (1974–1979); 1992–1996 Präsident der Hochschule der Künste Berlin; Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. seit ihrer Gründung 1976 und Vorsitzender des Fonds Soziokultur seit 1987.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Ästhetische Erziehung und Kommunikation, Frankfurt am Main 1972; (Hrsg.) Literatur in Studium und Schule, Loccum 1972; (Hrsg.) Kritik der Literaturkritik, Stuttgart 1973; (Mithrsg.) Plädoyers für eine neue Kulturpolitik, München 1974; Hoffen lernen. Zwölf Jahre Politik als Beruf. Eine Zwischenbilanz, Stuttgart 1985; (Hrsg.) Kulturstaat Deutschland?, Bd. I u. II, Loccum 1990/91; (Hrsg.) Kulturpolitische Mitteilungen. Zeitschrift der Kulturpolitischen Gesellschaft, Hagen 1977 ff.

Andreas Johannes Wiesand, Dr. phil., geb. 1945; Wiss. Leiter und Geschäftsführer des Zentrums für Kulturforschung, Bonn; Professor mit Schwerpunkt Kulturpolitik/Kulturmanagement an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg; 1969–1972 Tätigkeit in den Verlagen Rowohlt und DER SPIEGEL; 1982–1993 ehrenamtlicher Generalsekretär des Deutschen Kulturrates.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Karla Fohrbeck) Der Künstler-Report, München 1975; Literaturförderung im internationalen Vergleich, Köln 1980; Kunst ohne Grenzen? Kulturelle Identität und Freizügigkeit in Europa, Köln 1987; (zus. mit Karla Fohrbeck) Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft?, München 1989; (Hrsg.) Handbuch der Kulturpreise, Bonn 1994; (Hrsg.) Handbook of Cultural Affairs in Europe, Baden-Baden 1995.

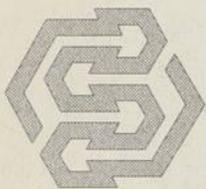
Hilmar Hoffmann, geb. 1925; 1955–1965 Direktor der Volkshochschule Oberhausen; 1965–1970 Kulturdezernent in Oberhausen; 1970–1990 Kulturdezernent in Frankfurt; 1990–1993 Geschäftsführer der Stiftung Lesen, Mainz; Honorarprofessor an der Staatl. Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Frankfurt, sowie an der Philipps-Universität Marburg; seit 1993 Präsident des Goethe-Instituts, München.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu kulturpolitischen Themen.

Manfred Osten, Dr. jur., geb. 1938; nach 26 Jahren im Auswärtigen Dienst (Stationen: Ungarn, Frankreich, Kamerun, Tschad, Australien, Japan) seit Januar 1995 Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung.

Zahlreiche Publikationen zur Philosophie, Musik, Literatur, insbesondere zur japanischen Kultur und Literatur; zuletzt erschien: Die Erotik des Pfirsichs. 12 Portraits japanischer Schriftsteller, Frankfurt/Main 1996.

Arend Oetker, Dr. rer. pol., geb. 1939; Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co., Köln; Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V., Köln; Vorsitzender des Vorstandes des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Kulturpolitik im Spektrum der Gesellschaftspolitik

I. Die Lage

Vor wenigen Jahren konnte man noch kulturpolitische Artikel mit der Feststellung beginnen: „Kultur hat Konjunktur“¹ und „Kulturpolitiker ist man gern“². Solche Zeiten sind vorüber, seit der Zeitgeist mit Namen Rotstift in deutschen Landen – und zunehmend auch in anderen westeuropäischen Staaten – herrscht. Aktuelle Daten zum Ernst der finanziellen Lage erhalten wir täglich mit der Morgenzeitung serviert; und was darin über die Situation in den Metropolen wie Frankfurt am Main, Berlin oder Leipzig berichtet wird, gilt erst recht für Sparmaßnahmen in Kiel, Schwerin oder Oberhausen.

Gründe also für den Kulturpolitiker, zu resignieren? Keineswegs, verlautet aus der Gruppe der „Reformer“: Sie sehen ein Heilmittel, d. h. eine längerfristige finanzielle Sicherung etwa in einer „Budgetierung“ des „Produkts Kultur“ und arbeiten emsig an Verwaltungsreformen im Kulturbereich. Andere setzen auf „public private partnership“ und hoffen auf die Kooperation mit finanzstarker Wirtschaft. Zum Stand solcher „Reformen“ hat jüngst die Kulturpolitische Gesellschaft eine aufschlußreiche und zugleich repräsentative Untersuchung vorgelegt, deren Fazit für die Kulturpolitik erschreckend ist: Weder geht es bei diesen Finanzierungs-Alternativen um die Bestimmung eines neuen Verhältnisses von Kulturschaffenden, der Politik und der Verwal-

tung, noch sind dafür Bürgerbeteiligungen vorgesehen; und da auch kulturelle Leitbilder dafür nicht relevant werden, muß von einer „technizistisch verkürzten Reformstrategie“ gesprochen werden, „einer Reform ohne Inhalt und Vision“³.

Diese primär auf Spareffekte ausgerichtete Verwaltungsreform korrespondiert mit einem rasant fortschreitenden Stellenabbau im Kulturbereich – bis hin zur Einsparung von Kulturstadträten: „Die Großstädte schicken ihre Kulturdezernenten in die Wüste“, hieß es kürzlich in einem Zeitungsbeitrag: „Der schwindende Stellenwert der Kultur, der sich daran ablesen läßt, ist bezeichnend. Sie verkommt zur Manövriermasse.“⁴

Daß sich die Zeiten geändert haben und vom gewohnten, stets wachsenden Wohlstand unter dem Slogan vom „Modell Deutschland“ Abschied zu nehmen ist, wird inzwischen jedem Bürger klar sein. Doch welche Schlüsse zieht die Politik – und in welchen Handlungsbereichen – daraus? Pointierter gefragt: Zieht sie die richtigen Schlüsse? Könnte Sparen nicht auch mit Intelligenz, Weitsicht und Zukunftssicherung verbunden werden, um den gesellschaftlichen Schaden begrenzt zu halten? Das würde allerdings voraussetzen, daß von der Politik Prioritäten gesetzt werden. Gibt es den Mut und die Weitsicht dafür?

Daß die Sparpolitik vor allem in den Kommunen schon jetzt der urbanen Lebensqualität erheblich geschadet hat, liegt allerdings auch daran, daß sich viele Kulturpolitiker allzu schnell zu Abstrichen bereitfanden und sich ohne ernsthafte Gegenwehr in die Defensive drängen ließen. Nach den verhältnismäßig guten Zeiten noch in den achtziger Jahren hat mancher Kulturpolitiker verlernt, sich öffentlich qualifiziert für seine Sache zu artikulieren und sie inhaltlich überzeugend zu legitimieren – offensichtlich ist man nicht mehr gern Kulturpolitiker?

Es bedarf gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten und in Epochen gesellschaftlicher Umbrüche

1 Mit dieser Formel eröffnete Hilmar Hoffmann sein Buch: Kultur für alle. Perspektiven und Modelle, Frankfurt am Main 1979; den bekannten Slogan „Kultur für alle“ hat er bereits 1970 in einem Artikel in der Frankfurter Rundschau verwendet. Nachdruck in: Kulturpolitische Mitteilungen. Zeitschrift der Kulturpolitischen Gesellschaft, (1993) 1/2, S. 4f.

2 Wohl am deutlichsten ausgedrückt in den Festschriften für Sieghardt von Köckritz: Günter Ermisch/Hanns E. Hieronymus/Werner Knopp/Christoph Stölzl (Hrsg.), Wanderungen durch die Kulturpolitik, Berlin 1993, und Olaf Schwencke: Hermann Glaser/Margarethe Goldmann/Norbert Sievers (Hrsg.), Zukunft Kulturpolitik, Hagen – Essen 1996, sowie in den Parteiprogrammen von CDU, SPD, FDP, CSU und den Grünen; vgl. Thomas Röbbke (Hrsg.), Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik. Erklärungen und Dokumente 1972–1992, Hagen – Essen 1993 (Neue Kulturpolitische Dokumente), S. 143–163.

3 Martina Oertel/Thomas Röbbke/Norbert Sievers, Umbau der kommunalen Kulturverwaltungen. Ergebnisse einer schriftlichen Umfrage in den bundesdeutschen Kommunen über 30 000 Einwohnern, Hagen 1996, S. 27.

4 Andreas Rossmann, Ruhrkrise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. März 1996, S. 24.

sowohl verlässlicher sozialer Netze als auch intakter kultureller Rahmenbedingungen. Für die Stabilität unserer immer wieder gefährdeten Demokratie sind beides unabdingbare Voraussetzungen; wenn diese nicht mehr gegeben sind, zerbricht das Fundament, auf dem Neues aufzubauen heute ansteht. Daher darf es keinen Grund zur Resignation gerade in diesem Feld der Politik geben.

Kultur zu finanzieren bleibt prinzipiell öffentliche Aufgabe; das muß auch in finanziell mageren Zeiten politisch durchgehalten werden. Das heißt allerdings nicht, daß das gegenwärtige Spektrum etatistischer Kulturförderungen nicht gründlich zu überprüfen wäre. Auch Kulturpolitik wird sich – jedenfalls verglichen mit den guten 80er Jahren – künftig zu bescheiden haben, mit dem Ziel, ihre öffentlichen Kernaufgaben dauerhaft zu gewährleisten.

Der Satz, daß die „Kultur die humane Identität einer ganzen Gesellschaft abbildet und damit entscheidend ihr sozialpolitisches Niveau mitbestimmt“⁵, gilt fort. Denn die „Kultur ist für die Zukunft einer Gesellschaft entscheidend, weil die Vielfalt und Kreativität der in ihr praktizierten Lebensformen dafür verantwortlich sind, daß sie neuen Bedingungen gerecht werden können, ohne die für ihr Selbstverständnis wesentlichen Qualitäten aufgeben zu müssen“⁶. Die Neue Kulturpolitik, die die Richtschnur für das „Bürgerrecht Kultur“⁷ der beiden letzten Jahrzehnte war, hat der bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht nur wichtige Modernisierungsimpulse gebracht und damit nachweislich zum Ausbau des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“ beigetragen⁸, sondern auch die Demokratisierung unserer Gesellschaft nachhaltig gefördert. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte intensiver kulturpolitischer Anstrengungen und Erfolge ist daher nicht Nostalgie, sondern soll die

innovative Kraft verdeutlichen, die eine emanzipatorische Kulturpolitik ausstrahlt.

II. Neue Kulturpolitik

Hermann Glaser hat in seiner großartigen „Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“ (1945 bis 1989) auch die politischen Krisensituationen unseres Landes mit der entsprechenden Reaktion von Kultur und Kulturpolitik herausgearbeitet⁹. Gerade die Krisen haben das kulturelle Leben geprägt und deutliche Spuren in der Kulturgeschichte dieser Republik hinterlassen; ähnliches gilt cum grano salis für die DDR¹⁰. Sollte uns das nicht lehren, heute kritisch nach dem Instrumentarium zu fragen, das angemessen ist, um unter Berücksichtigung der veränderten politischen und wirtschaftlichen Situation unseres Landes wie auch der tiefen globalen Krise kulturelle Ziele zu definieren und Prioritäten in der Kulturpolitik zu setzen? Das wären notwendige Voraussetzungen für eine Neuorientierung des kulturellen Lebens und die Definition zumindest ihrer Kernaufgaben.

Die kulturelle Stagnation der lang ausklingenden Adenauer-Ära – „Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition“ (1949–1967) hat Hermann Glaser die zweite Phase der kulturellen Entwicklung im Nachkriegsdeutschland überschrieben¹¹ – endete ziemlich abrupt mit der Protestbewegung der späten sechziger Jahre, die ihrerseits zu einer neuen Kulturpolitik führte. Ihre wichtigsten Dokumente waren – westeuropäisch – die Abschlußerklärung von Arc et Senans (1972) „Zukunft und kulturelle Entwicklung“¹² und – westdeutsch – die Dortmun-

5 Grundsatzklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn 1976, Text in: Neue Kulturpolitische Dokumente (Anm. 2), S. 183.

6 Hagener Erklärung zur Kulturpolitik, Text in: Kulturpolitische Mitteilungen, (1996) 3, S. 4 ff. Vgl. auch: Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI (Hrsg.), Die Krise überwinden. Kulturförderung in gemeinsamer Verantwortung, Bonn 1996.

7 Hermann Glaser/Karl-Heinz Stahl, Bürgerrecht Kultur, Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1983.

8 Vgl. die verschiedenen Studien des Münchener Ifo-Instituts, namentlich Marlies Hummel/Martin Berger, Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur, Berlin 1988; Marlies Hummel/Karl-Heinz Brodbeck, Längerfristige Wechselwirkungen zwischen kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung, München 1991, u. Marlies Hummel/Christine Waldkircher-Heyne, Wirtschaftliche Entwicklungstrends von Kunst und Kultur. Gutachten im Auftrag des Bundesinnenministers, Berlin 1994.

9 Vgl. Hermann Glaser, Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, 3 Bde., München 1985–1989; Bd. I: Zwischen Kapitulation und Währungsreform, 1945–1948 (1985); Bd. II: Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition, 1949–1967 (1986); Bd. III: Zwischen Protest und Anpassung, 1968–1989 (1989), sowie ders., Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1991².

10 Vgl. Wolfgang R. Langenbucher/Ralf Rytlewski/Bernd Weyergraf (Hrsg.), Handbuch zur deutsch-deutschen Wirklichkeit. Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik im Kulturvergleich, Stuttgart 1983/1988; Manfred Jäger, Kultur und Politik in der DDR, 1945–1990, Köln 1994.

11 Andere Schwerpunkte für diesen Zeitraum setzt Jost Hermand, Die Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1985, München 1988; vgl. zum Wandel des Kulturbegriffs auch Albrecht Göschel, Die Ungleichzeitigkeit in der Kultur, Stuttgart – Berlin – Köln 1991.

12 Text in: Neue Kulturpolitische Dokumente (Anm. 2), S. 77–81.

der Erklärung des Deutschen Städtetages „Bildung und Kultur als Elemente der Stadtentwicklung“ (1973)¹³. Diese Erklärungen sowie die „Plädoyers für eine neue Kulturpolitik“¹⁴, die unter dem Begriff „Neue Kulturpolitik“¹⁵ bis über den Epochen-Einschnitt 1989/90 die Kulturarbeit prägten¹⁶, entsprachen den politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der sich verändernden Bundesrepublik Deutschland: Kultur war nicht nur mehr Privatsache, sondern zur öffentlichen politischen Aufgabe der Demokratie geworden.

„Der Stadt Bestes suchen“ – um ihrer „Unwirtlichkeit“ (Alexander Mitscherlich) zu begegnen – stand als Devise im Zentrum der Reformforderungen¹⁷; denn in den Kommunen waren die meisten Bürgerinnen und Bürger Betroffene der Kulturpolitik. Mit der Neuen Kulturpolitik sollte eine „fragwürdig gewordene städtische Politik von Grund auf geändert werden“. Kritisch wurde in den „Plädoyers“ festgestellt, daß es wohl „anachronistisch in unserer Gesellschaft (sei), wenn man zwar nicht ausschließlich, aber doch substantiell schwergewichtig die aus dem vorigen Jahrhundert erwachsenen bürgerlich-aristokratischen Kulturstätten und -Darbietungsformen (fördere) und dadurch den Platz von Kunst und Leben des Einzelnen festlege“, statt nach ihm „unter dem Stichwort ‚Lebensqualität‘ (neu zu) suchen“; daher

13 Ebd., S. 117–124.

14 Vgl. Olaf Schwencke/Klaus H. Revermann/Alfons Spielhoff (Hrsg.), Plädoyers für eine neue Kulturpolitik, München 1974.

15 Vgl. Norbert Sievers, Neue Kulturpolitik. Programmatik und Verbandseinfluß am Beispiel der Kulturpolitischen Gesellschaft, Hagen 1988, sowie ders./Bernd Wagner (Hrsg.), Blick zurück nach vorn. Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik, Hagen – Essen 1994. Zur Wirksamkeit und Kritik vgl. „Kultur für alle“ am Ende?, in: Kulturpolitische Mitteilungen, (1993) 4, S. 12–37 (mit Beiträgen von Jürgen Kolbe, Hilmar Hoffmann, Hermann Glaser, Olaf Schwencke, Siegfried Hummel u. a.); Margarete Goldmann, Perspektivwandel in 25 Jahren Neuer Kulturpolitik?, in: H. Glaser u. a. (Anm. 2), S. 137–144, sowie Albrecht Göschel/Klaus Mittag/Thomas Strittmatter, Die befragte Reform. Neue Kulturpolitik in Ost und West, Berlin 1995; dazu Norbert Sievers, „Die befragte Reform“. Neue Kulturpolitik und Soziokultur auf dem Prüfstand?, in: Kulturpolitische Mitteilungen, (1996) 1/2, S. 78 f.

16 Vgl. zur veränderten deutsch-deutschen Situation: Olaf Schwencke (Hrsg.), Kulturstaat Deutschland?, Bde. I/II, Loccum 1991/92; ders., Kulturföderalismus und Kulturförderung. Neue Bundesstaatlichkeit im Kulturstaat Deutschland?, Loccum 1992; Paul Raabe, Kultur im vereinigten Deutschland, in: H. Glaser u. a. (Anm. 2), S. 106–119; Sieghardt v. Köckritz, Kulturfonds und Einigungsvertrag, in: ebd., S. 101–105; Georg Giradet, Kulturpolitik in den Kommunen der neuen Bundesländer, in: G. Ermisch u. a. (Anm. 2), S. 111–118.

17 Vgl. Olaf Schwencke, Der Stadt Bestes suchen (1971), Nachdruck in: Kulturpolitische Mitteilungen, (1993) 1/2, S. 5–7.

wurde nach „Kriterien und Elementen einer zukünftigen Kulturpolitik im gesamtgesellschaftlichen Prozeß gefragt“¹⁸.

Leitbegriffe und Ziele der Neuen Kulturpolitik lagen im Kontext der radikalen Umbrüche jener Jahre; in ihr konzentrierten sich Theorie und Praxis einer veränderten bzw. im Prozeß der Reform befindlichen Gesellschaft: Kultur konnte nicht mehr „isolierter Daseinsbereich“ (Theodor W. Adorno) sein, sondern mußte zum integralen Bestandteil der gesellschaftlichen Wirklichkeit werden. Daher verstand sich die Neue Kulturpolitik auf der Grundlage eines stark erweiterten Kulturbegriffs nicht mehr als Ressort-, sondern als Gesellschaftspolitik. In ihr verschränkten sich zudem die kulturellen Elemente alter und neuer sozialer Bewegungen. Als solche erst ermöglichte sie das Entstehen einer Soziokultur mit all ihren vielfältigen Erscheinungsformen.

Mit seiner „Dortmunder Erklärung“ entsprach der Deutsche Städtetag den Absichten dieser Kulturpolitik; er konkretisierte darin erstmals die Aufgaben von Bildung und Kultur in den Kommunen als „unverzichtbare Elemente der Stadtentwicklung“. Kulturarbeit in der Stadt zu leisten wurde nun folgendermaßen definiert:

- „die Kommunikation zu fördern und damit der Vereinzelung entgegenzuwirken,
- Spielräume zu schaffen und damit ein Gegengewicht gegen die Zwänge des heutigen Lebens zu setzen,
- die Reflexion herauszufordern und damit bloße Anpassung und Ablenkung zu überwinden“.

Um die Stadt wieder „anziehend und begehrenswert (zu machen)“, mußte die Kulturpolitik allerdings „ein Kulturverständnis überwinden, das vornehmlich zur Rezeption aufforderte“. Die Stadtentwicklungsplanung hatte dafür Sorge zu tragen, daß die „Schaffung besserer sozialer und kultureller Bedingungen für alle Bürger möglich und die Chancengleichheit“ verwirklicht werden konnte.

Die politisch nun geforderte „Gegensteuerung“ – „Rettet unsere Städte jetzt!“ hieß es bereits im Jahre 1971 – bedingte auch ein neues Verständnis für die Denkmalpflege; sie sollte zu einem weiteren Faktor der Stadtentwicklung werden. Denn „Voraussetzung für die Entfaltung des Menschen in der Stadt ist die Schaffung einer Umgebung, die durch Proportionen und Grundstruktur die Phan-

18 O. Schwencke u. a. (Anm. 14), S. 7 f.

tasie anregt und gleichzeitig die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt gewährleistet¹⁹.

Erst mit dem „Europäischen Jahr des Denkmalschutzes 1975“, das in der Bundesrepublik zunächst nur zögernd als eine Aktion des Europarats angelaufen war, erlangte eine deutlich gesellschaftsorientierte Denkmalpflege auch in der Städtebaupolitik ihren Durchbruch – bis hin zu neuen Prioritätensetzungen zugunsten einer Erhaltungspolitik bei der Bausubstanz. Manchem Politiker wurde erst jetzt – vor allem durch Sendungen in den Massenmedien – klar, welches ungeheure Ausmaß die „Totalsanierungen“ nach den Zerstörungen des Krieges in der Bundesrepublik Deutschland angenommen hatten. Die vom Europarat ausgewählten Modellstädte in den Nachbarländern demonstrierten demgegenüber die Chancen und das Flair einer „Zukunft für unsere (bauliche) Vergangenheit“. Die Zeichen der Zeit wurden, nachdem hierzulande schon soviel Unwiederbringliches zerstört worden war, endlich auch von der Legislative und Exekutive verstanden.

Auch nach dem Europäischen Denkmalschutzjahr blieb das eigens zu diesem Zweck gegründete Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz in Amt und notwendiger Funktion²⁰. Für dieses Gremium, das eine für die kulturföderale Bundesrepublik völlig neue Zusammensetzung hatte, wurde neben der unerwartet konstruktiven Kooperation der Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen für seine Wirksamkeit vor allem entscheidend die gemeinsame, zielorientierte Arbeit von Politik, Kultur und Wissenschaften.

Ähnliches galt in einem noch viel stärkeren Maß aufgrund ihrer breit gefächerten Mitgliederstruktur für die kulturpolitische Gesellschaft, die sich aus den kulturpolitischen Kolloquien der Evangelischen Akademie Loccum als parteiunabhängiges und interessenübergreifendes Gremium entwickelt hatte und sich 1976 in Hamburg-Altona gründete. „Seitdem (dient) sie als Koordinationsgremium, Informationsstätte und Diskussionsforum für Kulturpolitik“²¹, was durch eine Zeitschrift für kultur-

politische Wissenschaften und Praxis, sehr viele Tagungen, zwei Publikationsreihen, einen alternativen Kulturpreis und neuerlich ein Institut für Kulturpolitik und kulturelle Bildung, das jetzt neben das in den siebziger Jahren etablierte verdienstvolle Zentrum für Kulturforschung (Leitung: Andreas Wiesand) tritt, bis in die Gegenwart geschieht²².

So waren die siebziger Jahre eine Zeit unerhörter Aufbruchstimmung und -taten. Es hatten sich erstmals in der Bundesrepublik viele Intellektuelle, Künstler, Politiker und Bürger in der Gesellschaft engagiert und auf einen gemeinsamen politisch-demokratischen Grundtenor verständigt. Durch ihr Zusammenwirken entstanden aus Theorie-Debatten wirkungsvolle Reformmodelle, und aus mancher Utopie wurde ein Stück Wirklichkeit. Diese gesamtgesellschaftliche Entwicklung und diese Modernisierungsimpulse waren im Prozeß einer demokratischen Aufklärung entscheidende Beiträge zur Stabilität und Modernität der Bundesrepublik Deutschland. Die Kulturpolitik war damit zu einem wichtigen gesellschaftlichen Akteur und Partner in den politischen Entscheidungsgremien geworden. Dieser neuen Kulturpolitik war es – offenbar besser als anderen gesellschaftlichen Politikbereichen – weitgehend gelungen, sich auf die ständig verändernden Bedingungen des Zeitgeschehens kreativ einzustellen und auf neue Lebensformen und Ansprüche zu reagieren. So war „für alle Kunst der Weg in die Politik kürzer geworden“ – dies konnte Willy Brandt zu Recht in seiner Regierungserklärung von 1972 konstatieren.

Das kulturpolitische, intellektuelle Niveau dieser Jahre war höchst beachtlich. Wo anders als in diesen Kreisen wurden z. B. die Dokumente des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ (1972), Erhard Epplers „Ende oder Wende?“ (1975), Dieter Baackes jugendkulturpolitisches Buch „Jugend und Subkultur“ (1972) oder über die „Zukunftswerkstätten“ von Robert Jungk und Norbert R. Müllert sowie Robert Jungks „Der Jahrtausendmensch“ (1973) nicht nur heftig diskutiert, sondern daraus auch Folgerungen für die Politik gezogen; und wo anders als im Umfeld der Akteure der Neuen Kulturpolitik entstanden die wichtigen Impulse für die Ökologie-, die Frauen- und die Friedensbewegung?

22 Vgl. u. a. Karla Fohrbeck/Andreas Johannes Wiesand, *Der Künstler-Report*, München 1975; Karla Fohrbeck, *Renaissance der Mäzene?*, Köln 1989; Andreas Johannes Wiesand (Hrsg.), *Kunst ohne Grenzen? Kulturelle Identität und Freizügigkeit in Europa*, Köln 1987.

19 Texte in: *Neue Kulturpolitische Dokumente* (Anm. 2), S. 117 f.

20 Es wird auf die Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz verwiesen, namentlich die Broschüren „Bauen und Bewahren auf dem Lande“ (1978), sowie „Lebensraum: Straße“ (1982) und das „Kursbuch Denkmalschutz“ (1995) mit seinen „12 Thesen zu Denkmalschutz und Denkmalpflege“; vgl. auch Hartmut Gassner, *Die Pflege des kulturellen Erbes der ehemaligen deutschen Ostgebiete im zusammenwachsenden Europa*, in: G. Ermisch u. a. (Anm. 2), S. 297–304, sowie Gottfried Kiesow, *Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland*, in: ebd., S. 281–290.

21 H. Glaser (Anm. 9), Bd. III, S. 149.

Welche durchgreifenden Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland von den sechziger zu den siebziger Jahren gab es schließlich! „Hatte zu Beginn der sechziger Jahre Kulturpolitik dazu gedient, dem affirmativen Kulturverständnis wie der Festival-Kultur die besten Entfaltungsmöglichkeiten zu gewähren, so überwand progressive Kulturpolitiker seit Beginn der siebziger Jahre die kulinarisch bestimmte Indolenz; sie stellten einen theoretischen Reisevorrat zusammen, mit dem sie den langen Weg durch die Dispositionen und Institutionen zu bestehen hofften.“²³

Dieser „theoretische Reisevorrat“, an dem Hermann Glaser selber einen Mammutanteil hat, betraf auch viel Wiederentdecktes, so Schriften u. a. von Walter Benjamin, Siegfried Kracauer, Rosa Luxemburg, auch Karl Marx, sowie von Georg Lukács, Herbert Marcuse, Karel Teige und schließlich insbesondere Theodor W. Adorno; immer weitere Zeitschriften wurden gegründet und Broschüren für ein breit gefächertes politisch-ästhetisches Diskutieren publiziert. Kurzum: der „Reiseproviant“, den hier zu nennen nicht einmal im kleinsten Umfang möglich ist, und der auch keineswegs stringent einer „Neuen Kulturpolitik“ entsprach, war höchst beachtlich.

III. Entmythologisierung der Kultur

Die bundesrepublikanische Entwicklung der Kulturpolitik in den siebziger Jahren zu ihrer prägenden gesellschaftspolitischen Dimension²⁴ wäre ohne die westeuropäischen Kontexte kaum denkbar gewesen²⁵; vor allem nicht ohne die Arbeit des

23 H. Glaser (Anm. 9), Bd. III, S. 148. Als spätere Dokumente dieses „langen Marsches“ müssen auch noch genannt werden die „Bausteine für eine kommunikative und ökologisch orientierte Kulturpolitik“, in: Kulturpolitische Mitteilungen, (1990) 3, S. 16–21, sowie Hajo Cornel/Volkhard Knigge (Hrsg.), Das neue Interesse an der Kultur, Hagen 1990, und Dieter Kramer, Handlungsfeld Kultur, Hagen – Essen 1996.

24 Vgl. zur Zwischenbilanz die Beiträge in: Olaf Schwencke/Norbert Sievers, Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Gedenkschrift für Alfons Spielhoff, Hagen 1988².

25 Vgl. Olaf Schwencke, Kultur als Demokratie-Prozeß oder das Mündigwerden des Menschen, in: Hans Storck (Hrsg.), Mut zur Verständigung, Göttingen 1977, S. 205–221; Karl Ermert (Hrsg.), Die politische Zukunft Europas – Kulturpolitik in Europa, Loccum 1982; Olaf Schwencke (Hrsg.), Kulturpolitik in Europa, Hagen 1983, sowie – bilanzierend – ders., Kulturpolitik der Europäischen Gemeinschaft, in: integration, (1983) 3, S. 121–128; ferner den EG-Forschungsbericht von Andreas Wiesand, Kulturpolitik in Europa und europäische Kulturpolitik, Brüssel 1987, sowie die Große Anfrage (der SPD-Bundestagsfraktion) zur europäischen

Europarats in Straßburg, für den die Kulturpolitik seit der Verabschiedung seiner Kulturkonvention (1954) – die bis heute über 40 Staaten unterzeichnet haben – neben der Förderung demokratischer Grundprinzipien und der Wahrung der Menschenrechte Hauptaufgabe seiner politischen Existenz ist. Auch wenn eine breitere Öffentlichkeit erst mit dem Denkmalschutz-Jahr 1975 auf seine Arbeit aufmerksam wurde, so hat er doch schon lange vorher beachtliche kulturpolitische Impulse gegeben – namentlich die Abschlusserklärung von Arc et Senans aus dem Jahre 1972, die das wohl wichtigste Dokument der Kulturpolitik der europäischen Nachkriegsepoche darstellt und die westdeutsche kultur- und soziokulturpolitische Entwicklung der siebziger Jahre konzeptionell vorwegzeichnet hat²⁶.

Diese Erklärung setzt sich kritisch mit den Entwicklungsmöglichkeiten fortgeschrittener Industriegesellschaften auseinander und skizziert von daher ein neues demokratisches Kulturverständnis auf der Grundlage eines stark erweiterten Kulturbegriffs: „Kulturelles Leben, wie es von der Mehrheit der Bevölkerung heute erfahren wird, umfaßt weit mehr als traditionelle Kunstsparten und Geisteswissenschaften“; ferner definiert sie zukunftsorientierte Aufgaben einer alternativen Kulturpolitik: „Sich selbst überlassen, erschöpft industrielles Wachstum die natürlichen Reserven der Erde und wendet sich schließlich gegen den Menschen ... Die Zukunft des Menschen wird nicht mit schicksalhafter Unausweichlichkeit aus Computer-Prognosen ... (und) ‚Sachzwängen‘ (bestehen). Es kommt vielmehr entscheidend darauf an, daß eine verantwortungsbewußte Gesellschaftspolitik von den verschiedenen Wertvorstellungen kultureller und sozialer Kräfte unterstützt wird, die allein ein Gegengewicht gegen diejenigen sozio-ökonomischen Prozesse bilden können, welche unsere Umwelt derzeit gefährden ... Die Aufgabe der Kulturarbeit ist es daher, alternative gesellschaftliche Entwicklungsrichtungen vorstellbar zu machen und in jedem Individuum den Sinn für das Mögliche zu wecken, das heißt, es zu befähigen, Krisen nicht auszuweichen und nicht der Sklave, sondern Herr seiner Geschichte zu werden.“

Dieses Dokument wurde eingehend im Kulturausschuß der Parlamentarischen Versammlung des

Kulturpolitik vom 9. November 1988 (BT-Drs. 11/5668) und das Themenheft der Zeitschrift für Kulturaustausch (1993) 2, S. 151–262, Der Kreativität Freiräume schaffen. Zur künftigen Kulturpolitik Europas; diese Zeitschrift bringt regelmäßig die wichtigsten Dokumentationen zur europäischen Kulturpolitik.

26 Vgl. Neue Kulturpolitische Dokumente (Anm. 2), S. 77f.

Europarats diskutiert, hat den Kulturministern des Europarats in Oslo 1976 vorgelegen und ihre richtungweisende Erklärung mit der Forderung, daß die „Gesellschaftspolitik als Ganzes eine kulturelle Dimension beinhalten (muß), (orientiert) an ... Gleichheit, Demokratie und Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen“²⁷, politisch bestimmt, blieb aber ansonsten zunächst weitgehend unbeachtet.

Die kulturpolitische Diskussion wurde hierzulande erst – nachdem der Deutsche Bundestag eine Übersetzung durch das „Zentrum für Kulturforschung“ veranlaßt hatte – mit einer Tagung der Kulturpolitischen Gesellschaft 1977 begonnen. Seit der Zeit wird dieser Text immer wieder als Grundlage einer Neuen Kulturpolitik zitiert, zur theoretischen Fundierung der Soziokultur ausgewertet, und schließlich hätte er auch als Orientierung für die kulturpolitische Konzeptionsarbeit in den neuen Ländern getaugt²⁸.

Diese Erklärung hätte auch für die ersten kulturpolitischen Überlegungen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft dienen können, wurde aber weder von der Kommission noch vom Ausschuß für Jugend, Kultur, Bildung, Information und Sport des ersten direkt gewählten Europäischen Parlaments beachtet. Dennoch setzte sich dort bald die Erkenntnis durch, daß einerseits zwar Kulturpolitik zu den originären Aufgaben des Europarats weiterhin gehören müsse, aber andererseits eine Weiterentwicklung der EG zu einer Politischen Union nicht ohne kulturelle Dimension möglich sei. So wurde bereits mit dem Fant-Bericht (1983) eine kulturpolitische Grundlage geschaffen, und zwar mit der – immer noch nicht annähernd erfüllten – Forderung, daß künftig mindestens ein Prozent der jeweiligen Haushalte für Bildungs- und Kulturaufgaben bereitzustellen sei. Mit der „Gemeinsamen Erklärung der Staats- und Regierungschefs“ (Stuttgart 1983) wurden Kultur und Bildung offiziell zu Anliegen der EG erklärt und damit die Grundlagen für künftige Aktionen im kulturellen Bereich geschaffen; der Maastricht-Vertrag mit seinem Kultur-Artikel 128 konnte später daraus und aus der bereits angelaufenen Förderpraxis konzipiert werden²⁹.

27 Ebd., S. 81.

28 „Zentrale Aufgabe jeder Kulturpolitik muß es sein, die Bedingungen der Ausdrucksvielfalt und ihre freizügige Nutzung zu garantieren und weiterzuentwickeln“ (ebd., S. 79). Vgl. u. a. Olaf Schwencke, Die europäische Dimension städtischer Kulturpolitik, in: Kulturpolitische Mitteilungen (1990) 2, S. 36–38.

29 In der praktischen Anwendung dieses Artikels beschränken sich die „Aktionen ... zugunsten der Kultur“ (laut

Jacques Delors hat in einer selbstkritischen Würdigung des Maastricht-Vertrages unter der Überschrift „La Nation contre l'Europe?“ einige für einen vormaligen Kommissions-Präsidenten höchst bemerkenswerte Ausführungen gemacht: „Lange war ich der Meinung, daß die europäische Idee dank der Ökonomie Fortschritte machen werde und der Rest sich von selbst ergibt. Heute bin ich überzeugt, daß Europa, wenn wir nicht auf das Politische zugehen, nie auf zwei Beinen stehen, sondern immer ein behindertes haben wird, (wenn weiterhin) die sozialen, politischen und kulturellen Dimensionen sträflich vernachlässigt werden.“³⁰ Das klingt wie das Jean Monnet zugeschriebene (wenngleich nicht authentisch belegte) Wort, daß, wenn er noch einmal mit der EWG konzeptionell befaßt sein würde, er mit der Kultur statt mit der Wirtschaft beginnen würde.

Kulturpolitik bleibt für die Europäische Union auch nach Maastricht – zu Recht – originäre Aufgabe der Mitgliedsländer und ihrer verfassungsgemäßen Gremien. Die jüngste diesbezügliche Mitteilung der Kommission schließt zwar mit der gut klingenden Bemerkung, daß „das europäische Selbstverständnis ... auf Kultur gebaut (ist) und ... die Vielfalt europäischer Regionen, Staaten, Traditionen und Sprachräume (stärkt) ... und das Miteinander in Europa (fördert)“, läßt dieser „Mitteilung“ aber keine Konsequenzen im Haushalt der Union folgen. Auch die Regierungskonferenz von Florenz (1996) hat dazu bedauerlicherweise keine Besserung inhaltlicher und materieller Art erbracht und damit die Forderungen des Parlaments (entsprechend dem Barzanti-Bericht von 1992), „daß eine europäische Annäherung und spätere Einigung ... in erster Linie ein kultureller Prozeß sein muß ... (und daher) eine drastische Förderung der Kulturpolitik einhergehen muß“, völlig ignoriert³¹, was sich voraussichtlich auch in den nächsten Jahren nicht ändern wird.

Der Europarat, dem nach Ende der Teilung des Kontinents alle mittel- und osteuropäischen Staaten einschließlich Rußlands angehören, hat zwar materiell nur beschränkte Ressourcen, sein Proprium Kultur weiterzuentwickeln und es vor allem für die neuen Mitgliedsländer politisch wirksam

Kommissions-Mitteilung) gegenwärtig auf vier Tätigkeitsfelder: den Erhalt des kulturellen Erbes, die Aktion „Buch und Leser“, die Förderung künstlerischer Aktivitäten und der kulturellen Zusammenarbeit sowie schließlich die Mitfinanzierung der „Europäischen Kulturhauptstadt“.

30 Zit. nach Jürg Altweg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 1996, S. 24.

31 Text s. Neue Kulturpolitische Dokumente (Anm. 2), S. 109 ff.

werden zu lassen, doch bleibt er auch künftig die wichtigste Instanz europäischer Kulturpolitik, auch wenn „seine Mitgliedstaaten ... leider noch nicht den hohen Stellenwert einer gemeinsamen europäischen Kulturpolitik erkannt haben ... (und es daher) an dem notwendigen politischen Willen (mangelt), auf europäischer Ebene gemeinsame Kulturaktionen in größerem Maße durchzuführen“³².

IV. Soziokultur

Die Entwicklung der Soziokultur in der Bundesrepublik wäre ohne die Neue Kulturpolitik, die zitierte Erklärung eines vorausdenkenden Europarats sowie auch ohne die – noch zu nennenden – Entschließungen der UNESCO³³ nicht denkbar gewesen: Was beispielsweise in Italien, Frankreich, den skandinavischen Ländern, den Niederlanden, Kanada und anderen Staaten bereits in den sechziger Jahren eine gewisse politische und kulturpolitische Beachtung gefunden hatte, wurde seinerzeit in der Bundesrepublik noch als „Subkultur“ diffamiert und war gesellschaftlich nicht akzeptiert. So waren für die Entwicklung der Soziokultur in diesem Lande die internationalen Anstöße wichtig, um sie in den Kommunen, den Ländern und schließlich auch für die Bundesregierung politikfähig zu machen.

Namentlich die Studien „Entmythologisierung der Kultur“ und „Hin zu einer kulturellen Demokratie“, die als Grundlagen für die dann wegweisenden kulturpolitischen und soziokulturellen Empfehlungen der Kulturministerkonferenz des Europarats (1976) erarbeitet wurden³⁴, waren wichtige Grundlagen für die Diskussionen, die vor allem in der Kulturpolitischen Gesellschaft, im Deutschen Kulturrat mit seiner Sektion Soziokultur, in der Bundesvereinigung soziokultureller

Zentren und in der Evangelischen Akademie Loccum stattfanden und den Durchbruch für die soziokulturelle und freie Stadtteil-Kulturarbeit in der Bundesrepublik brachten. Erst mit der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD zur Soziokultur im Jahre 1990 und der Schaffung des Fonds Soziokultur (1987) wurde sie als „wesentlicher Bestandteil der heutigen kulturellen Praxis“ auch von den konservativen Parteien akzeptiert: „Die Soziokultur ist in den letzten Jahren zu einer festen Größe im kulturellen Leben der Bundesrepublik Deutschland geworden“, lautete die offizielle Begutachtung³⁵. Heute fehlt das Bekenntnis ihrer Förderung in – mit Ausnahme der CSU – keinem Parteiprogramm mehr.

Die Ursprünge der Soziokultur im engeren Sinne liegen hierzulande in den Projekten und Initiativen der „freien“ und „alternativen“ Kultur, die sich zunächst in Opposition bzw. als Gegenentwürfe zu den etablierten und institutionalisierten „Hochkultur“-Einrichtungen bereits Ende der sechziger Jahre entwickelt hatten. Freie Künstlergruppen, die sich in Distanz dazu gebildet hatten, Bürgerinitiativen, Jugendzentrums-Bewegung, Frauengruppen, Geschichts-Initiativen, Friedensgruppen und viele andere waren Träger neuer Kultur- und Kunstformen, die im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Aufbruchphase entstanden waren. Auch die Akteure der Soziokultur agierten im Kontext der Forderung nach „Demokratisierung der Kultur“ und „kultureller Demokratie“ und unter dem bewußten Bezug auf das sozialliberale Bekenntnis zu „mehr Demokratie wagen“.

Die Soziokultur wurde lange Zeit – auch aufgrund ihrer eigenen Sprachwahl – als Alternative und Gegenbegriff zur Kunst (miß-)verstanden; das war sie im Kern nie, sondern sie wollte – ich zitiere die spätere „Strukturhilfe Soziokultur (Wiepersdorfer Erklärung)“ von 1991 – „eine (andere) kulturelle Praxis (sein),

- die den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtert;
- die statt ‚Kulturkonsum‘ die gestalterische Selbsttätigkeit möglichst vieler Menschen fördert ...;
- die die alltägliche Lebenswelt einbezieht und

32 Raymond Weber, Die Kulturkonvention – Klammer und Instrument (Interview von Walter Böhm), in: Europäische Zeitung vom November 1995, S. 19 (nahezu wortgleich hatten sich bereits seine Vorgänger Michael Marschall von Bieberstein und José Vidal-Beneyto geäußert).

33 S. vor allem die „Empfehlung über die Teilnahme und Mitwirkung aller Bevölkerungsschichten am kulturellen Leben“ (Nairobi 1976) sowie die Erklärung der UNESCO-Weltkonferenz von Mexiko-City 1982, in: Neue Kulturpolitische Dokumente (Anm. 2), S. 45 ff.

34 Vgl. Finn Jor, The Demystification of Culture: Animation and Creativity, Straßburg 1976 (Text-Auswahl in: Neue Kulturpolitische Dokumente [Anm. 2], S. 172–176), und Jean Alfred Simpson, Towards Cultural Democracy, Straßburg 1976.

35 Text in: Neue Kulturpolitische Dokumente (Anm. 2), S. 172–176; vgl. ferner Norbert Sievers/Bernd Wagner, Soziokultur und Kulturpolitik, in: dies., Bestandsaufnahme Soziokultur, Bonn – Stuttgart 1992, sowie Olaf Schwencke/Norbert Sievers, Neue Kulturpolitik und die Entwicklung der Soziokultur in der Bundesrepublik, in: G. Ermisch u. a. (Anm. 2), S. 271–279; Ina-Maria Greverius, Kultur und Alltagswelt, München 1978.

- die zugleich eine Rückwirkung der so entstehenden Formen von Kunst und Kultur in unsere gesellschaftliche Wirklichkeit anstrebt³⁶.

Die Verwirklichung kultureller Chancengleichheit und die Entwicklung einer demokratischen Kultur als gesellschaftliche Utopie sind dafür politische Leitvorstellungen; konkret geht es darum – und damit wird zugleich inhaltlich auch auf das Gründungsdokument der Kulturpolitischen Gesellschaft von 1976 sowie ihre „Bausteine für eine kommunikative und ökologisch orientierte Kulturpolitik“ (1990) verwiesen –, daß eine gesellschaftspolitisch intendierte Kulturpolitik festgeschrieben wurde, die

- die überlieferte Trennung zwischen der scheinbar unpolitischen und ästhetisch-intellektuellen Welt des Geistes und den Realitäten des Alltags überwinden helfen will;
- die Entfaltung und Entwicklung der sozialen, kommunikativen und ästhetischen Möglichkeiten und Bedürfnisse aller Bürger umweltverträglich fördern und
- den kulturellen Alternativen, Innovationen und Projekten neben den traditionellen Kulturangeboten ihre Chance ermöglichen will.

Da dieses breite soziokulturelle Spektrum – zwischen „Wildwuchs und Vielfalt“ (Wolfgang Sting) und postmoderner „Erlebnisgesellschaft“ (Gerhard Schulze) – auch der hinreichend qualifizierten Mitarbeiter bedurfte, entstanden an Universitäten, Kunst- und Fachhochschulen entsprechende neue Studiengänge.

Ein Anfang der Fundierung eines derartigen vielfältigen kulturellen Praxisfeldes wurde – wie oben dargelegt – vom Europarat gemacht. Gegenwärtig, da Vertreter eines mehr elitären Kulturbegriffs und einer konservativen Kulturpolitik in Verbindung mit der Sparpolitik der öffentlichen Hände sich wieder lautstärker artikulieren, hat es die Soziokultur nicht leicht, Gehör und Unterstützung zu finden. Wiederum bleibt sie angewiesen nicht allein auf standfeste Kulturpolitiker in Deutschland, sondern auch auf den Europarat, der mit seiner groß angelegten Aktion „Kultur und Nachbarschaften in den Großstädten“ (1993–1997)³⁷ dem Ziel der Förderung der „pluralistischen und parlamentarischen Demokratie, dem Rechtsstaat und

einem durch die Vielfalt bereicherten gemeinsamen kulturellen Erbe (verpflichtet ist)“ (Wiener Erklärung von 1993).

V. Bricolage

Noch ist es weder im ideologisch ungeteilten Europa noch im wiedervereinigten Deutschland bislang gelungen, eine kulturelle Politik zu konzipieren, die den Realitäten der multikulturellen Gesellschaften entspricht. Die seit einem Jahrzehnt bereits immer wieder gestellte Frage, wie zwischen einheimischer Mehrheit und den zugewanderten Minderheiten um der besseren Verständigung, des friedvollen und gleichberechtigten Zusammenlebens willen eine entsprechende Kulturpolitik zu gestalten sei, ist bislang nur ansatzweise bzw. bestenfalls hier und da kommunal beantwortet worden. Alle diesbezüglichen Versuche, die in den verschiedensten interkulturellen Veranstaltungen, Kolloquien und Gremien dazu unternommen wurden, haben letztlich noch keine überzeugenden Konzepte hervorgebracht. Möglicherweise ist die Kulturpolitik auch überfordert, wenn sie für diese vielfältigen kulturellen, ethnischen und religiösen Ausprägungen Orientierungen geben und Regelungen für ein friedvolles Zusammenleben entwickeln soll. Dennoch darf Kulturarbeit in einer multikulturellen Gesellschaft nicht nur Problemanzeige bleiben. Wenn denn der Fremdenfeindlichkeit, wie sie uns immer wieder alarmiert, dem latenten Rassismus und Nationalismus wirkungsvoll entgegengewirkt werden muß, hat die Gesellschaft multikulturpolitische Gestaltungsaufgaben zu leisten. Und da genügt es nicht, wenn etwa mit kommunaler Unterstützung in bestimmten Räumen landsmannschaftliche Traditionen gepflegt, Gruppenarbeiten gefördert und Begegnungen organisiert werden.

Diese Gruppen nicht nur sozial, sondern auch soziokulturell wirklich ernstnehmen heißt, ihnen politische Chancen einzuräumen, um gleichberechtigt am allgemeinen gesellschaftlichen Leben teilzunehmen; das muß Grundanliegen unseres demokratischen Selbstverständnisses sein. So könnten wir dazu beitragen, existierende soziokulturelle Defizite, die von den Rechtsextremen für ihre eigenen Zwecke mißbraucht werden, abbauen zu helfen.

Stets muß für zukünftige veränderte kulturpolitische Konzeptionen die Situation der ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten mitbe-

36 Text in: Neue Kulturpolitische Dokumente (Anm. 2), S. 199–203; dort auch die vorausgehende „Tübinger Erklärung“ (1987) der Bundesvereinigung Soziokulturelle Zentren, S. 196–198.

37 Vgl. Culture and Neighbourhoods, Bd. I, Concepts and References, Straßburg 1995.

dacht werden – schon im Interesse des Mehrheitsvolkes. Die inzwischen durchaus intelligenteren Strategien der Neuen Rechten erfordern entsprechende demokratisch-kulturelle Gegenstrategien. Denn daß ein „Kulturkampf“ der „Neuen Rechten“ gegen den „Multikulturalismus“ im Gange ist und mit dem Ziel geführt wird, die von ihr als homogen gedachte „nationale Kultur“ einer „selbstbewußten Nation“ gegen das „bedrohliche Fremde“ wieder herauszustellen, darf heute nicht übersehen werden, auch wenn gegenwärtig in der Öffentlichkeit – nicht zuletzt aufgrund der Wirkung der Diskussion des Goldhagen-Buches – nationalistische „anschwellende Bocksgesänge“ (Botho Strauß) jedenfalls vorerst verstummt sind³⁸.

Wenn für die „alte“ Bundesrepublik durchaus gelten kann, daß sie ihre kulturellen Politikfelder in den siebziger Jahren neu und mit dem Blick nach vorne so orientierte, daß sie auch in den achtziger Jahren weitgehend intakt blieben – und das betrifft auch von mir nicht ausdrücklich behandelte Kulturbereiche wie die neue und dialogfähige auswärtige Kulturpolitik als „dritte Säule“ der Außenpolitik (Willy Brandt)³⁹ –, so gilt das nun keineswegs mehr. In allen Politikbereichen bedarf es fundamentaler Veränderungen, und diese werden viel radikaler und gesellschaftlich schmerzvoller sein müssen als alle bisherigen.

Alle unsere tief eingeschliffenen Wahrnehmungsmuster – grundlegend orientiert an Ost und West, links und rechts, Freund und Feind, Gut und Böse – sind untauglich geworden. Und die Geschichte ist nach der Aufhebung der Teilung Europas und Deutschlands teleologisch eben nicht an ihr Ende gekommen (Francis Fukuyama); vielmehr sind längst vergessene und erledigt geglaubte nationale, ethnische und religiöse Konflikte wieder aufgebrochen und haben zu schwerwiegenden Turbulenzen

38 Zum Komplex Neue Rechte und Multikulturalität vgl. Mark Terkessides, *Kulturkampf*, Köln 1995, und Olaf Schwencke, *Kulturkampf. Deutschland – noch bleiche multikulturelle Mutter*, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, (1995) 4, S. 38–44, sowie „Thema: Heimat – Interkultur“, in: ebd., (1996) 1/2, S. 16–44, mit Beiträgen von Beate Winkler, Zafer Senocak, Rita Süßmuth, Gualtiero Zambonini, Lieselotte Funcke, Edzard Reuter u. a.

39 Zum Prozeß ihrer Neuorientierung vgl. Hilmar Hoffmann, *Kulturdialog und Zukunftssicherung*, in: H. Glaser u. a. (Anm. 2), S. 58–65, sowie: Hans Arnold, *Auswärtige Kulturpolitik, Ein Überblick aus deutscher Sicht*, München 1980.

in der neuen Weltordnung geführt, so daß wir weit entfernt von einer friedlichen Welt und zivilen Gesellschaft leben.

Die Werte-Verwirrung ist groß. Taugen die Maßstäbe, die wir, die Nachkriegsgeneration, uns im Prozeß der Demokratisierung in Deutschland erarbeitet haben und die als wichtigstes Moment wohl die Orientierung an der politischen Kultur des Westens beinhalteten, nicht mehr, um – moralisch ausgedrückt – noch gut von schlecht und richtig von falsch zu unterscheiden? Die herrschenden Sinn-Defizite werden auch durch zunehmende soziale Unausgewogenheiten und den fortschreitenden Abbau von öffentlichen kulturellen Leistungen in diesem Lande, das ja, anders als die westeuropäischen Nachbarländer, ohne ‚natürliche‘ Traditionen sein Selbstverständnis zu finden hat, verursacht und wirken sich entsprechend anti-kommunitär aus. Doch nur gemeinsame Wertegrundlagen der Bürger, verbunden mit deren Vertrauen in unsere gesellschaftlichen Institutionen, sind allerdings die Voraussetzungen dafür, daß unsere parlamentarische Demokratie stabil bleibt.

In diese allgemeine Werte-Verwirrung und globale Orientierungs-Krise bleibt auch die Kulturpolitik einbezogen. Allerdings hätte sie im Blick auf ihre Gegenstände Kunst und Kultur durchaus Chancen, wieder die richtigen Fragen, im Kern Werte- und Wahrheitsfragen, zu stellen und darin geistige und moralische Orientierung zu suchen und zu finden. Dazu gehört Mut. Nur wer Neues wagt – und sich dabei nicht vom Zeitgeist, seiner zunehmenden Marktorientierung jeglicher Art, bestimmen läßt –, kann auch Bewährtes bewahren⁴⁰. Für die Zukunft der Kulturpolitik in diesem Lande, die in den ungeheuren gesellschaftlichen Zivilisationsumbruch voll involviert ist, sollte Maßstab sein, was in Arc et Senans normativ formuliert wurde: „Kulturpolitik kommt ohne ethische Begründung nicht aus!“

40 Dazu heißt es in der „Hagener Erklärung zur Kulturpolitik“ (1996): Im Hinblick auf die „Ziele und Prioritäten der Kulturpolitik ist der Maßstab für die Qualität kultureller Prozesse ... nicht abstrakt, sondern konkret. Sie ergibt sich aus dem Beitrag zur Schaffung von Freiräumen, die Kreativität und Eigensinn, Erfahrung und Erinnerung, die Auseinandersetzung mit dem Eigenen und dem Anderen ... ermöglichen. Qualität definiert sich nicht allein künstlerisch-ästhetisch, sondern auch durch ihre soziale und urbane politische Dimension“, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, (1996) 3, S. 4 f.

Kulturpolitik unter Reformdruck

„In der Koalitionsvereinbarung von 1994 steht, daß die Regierung eine ‚Offensive‘ von Wissenschaft, Bildung und Kultur veranstalten würde. . . Damals war die finanzielle Lage nicht anders als heute. Wo bleibt denn der Pulverdampf der Bataillone, die nach vorne stürmen, und wo die Staubwolken einer solchen Offensive? Was wir erleben, ist ein ungeregelter, unübersichtlicher Rückzug – das ist das Faktum.“

Nicht die Schelte eines Oppositionspolitikers ist hier zu lesen – Stimmen, die sich für die Kultur und ihre öffentliche Förderung so ins Zeug legen würden, hört man im Deutschen Bundestag ohnehin selten –, sondern die Quintessenz einer Standpauke, die der im August 1996 verstorbene, frühere Leiter der Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums, Sieghardt von Köckritz, im Juni des gleichen Jahres den Verantwortlichen der Bonner Politik in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland gehalten hatte.

Von Köckritz, unter dessen Vorfahren für ihre Courage bekannte preußische Offiziere waren, wählte einmal mehr nicht den „Dienstweg“, sondern nutzte für seine letzte große Attacke den „Aktionskreis Kultur“, ein von ihm 20 Monate zuvor mitbegründetes Forum von Stiftern, Wirtschaftsvertretern, Experten und Kulturverwaltern. Es ging ihm, der sich zuletzt besonders für die Belange von Museen und die Denkmalpflege in Berlin und den neuen Ländern eingesetzt hatte, um eine verbesserte Zusammenarbeit aller mit Kultur befaßten Instanzen auf allen Ebenen, unter Einschluß auch der privaten Initiative – um eine „Kulturförderung in gemeinsamer Verantwortung“¹.

Daß es dieser Philippika überhaupt bedurfte, läßt erkennen, daß wir vom Idealbild einer „Kulturgesellschaft“ noch recht weit entfernt sind, in der Bürger und Vertreter von Institutionen nicht allein

1 Vgl. Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie (Hrsg.), Kulturförderung in gemeinsamer Verantwortung. Weißbuch des Aktionskreises Kultur, Bonn 1995; ders., Die Krise überwinden. Grünbuch des Aktionskreises Kultur, Bonn 1996. Letzteres nimmt übrigens ausdrücklich Bezug auf Gedankengut der Kommunitarier, vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/96, sowie den Beitrag von Arend Oetker in diesem Heft.

Nutznieser oder „Betroffene“ sind, sondern zugleich gemeinwohlorientierte Akteure².

Deutsche Identitätsdefizite

Mehr von solch handlungsbereiter Gemeinsamkeit hätte es gerade nach der deutschen Einigung bedurft: Die beschwörende Formel, daß „Kunst und Kultur – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation“ gebildet hätten³, erwies sich schon bald als brüchig, drohte gar ins Gegenteil verkehrt zu werden und war jedenfalls in repräsentativen Bevölkerungsumfragen nur bedingt nachvollziehbar⁴. Der kürzlich gescheiterte Versuch, Berlin und Brandenburg in einem Bundesland zusammenzuschließen, ist nur ein letzter Beleg für fortbestehende Differenzen, die – im weiteren wie im engeren Sinne – auch kulturelle Hintergründe haben und weit in die Zeit vor der „Wende“ zurückreichen.

Nur eine kleine, in den Feuilletons meist belächelte Schar von Intellektuellen, darunter vor allem Günter Grass, äußerte vor 15 Jahren, als man sich in der Trennung schon ganz kommod eingerichtet hatte, andere Visionen, wollte sich mit der Systemspaltung in Mitteleuropa nicht abfinden. So glaubte Grass 1981 bei einer Veranstaltung der Berliner Akademie der Künste auf die Gefahr eines „erneuten Nationalismus“ hinweisen zu sol-

2 Vgl. Karla Fohrbeck/Andreas Johannes Wiesand, Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft? (Hrsg. Bundeskanzleramt), München 1989. Registrierenswert bleibt immerhin das wachsende Interesse an geschichtlichen Kulturzeugnissen – hierzulande ein bisher im internationalen Vergleich unterentwickeltes Aktionsfeld –, ablesbar u. a. am Erfolg der Deutschen Stiftung Denkmalschutz.

3 So der Beginn des Art. 35 des Einigungsvertrags vom 31. August 1990.

4 Die zwischen 1990 und Ende 1994 durchgeführten „KulturBarometer“ des Zentrums für Kulturforschung belegen z. T. entscheidende Unterschiede zwischen Ost und West, wenn es etwa um die Einschätzung der Rolle des Staates in der Kultur oder die Bedeutung des „Kulturerbes“ für die eigene Identität geht; vgl. die Berichte in: KulturForschung, Nr. 3, 5 und 11.

len, der nach seiner Deutung solange drohe, wie „den Deutschen eine Identität fehlt“⁵. Die von ihm eingeforderte „Identität“ lief aber nicht etwa auf eine Rückkehr zu nationalstaatlichen Konzepten des 19. Jahrhunderts und eine besondere Liebe zum „Staat als Kunstwerk“ hinaus (mit diesem Begriff hatte damals der Schweizer Jacob Burckhardt die durchaus gewalttätigen Feudalverhältnisse im Italien der Renaissance zu kennzeichnen gesucht)⁶. Nein, ihm ging es vor allem um die Vorstellung einer „Kulturnation“, die – so möchte man hinzufügen – durchaus in einem friedlichen Wettbewerb um neue Ideen und bessere Lösungen mit anderen Nationen stehen könnte. Inzwischen sind ähnliche Worte – mit etwas anderen Perspektiven – z. B. auch von Wolfgang Schäuble zu hören.

Grass war übrigens einer der wenigen, die im sogenannten „deutsch-deutschen Kulturabkommen“ – noch Ende 1989 wurde das letzte abgeschlossen – Gefahren für eine Zementierung der deutschen Teilung sahen, die die damalige Regierung wie ihre Vorgänger und wie ein großer Teil der Intellektuellen (der Verfasser nimmt sich da nicht aus!) im Grunde längst als mehr oder weniger lästigen „Fakt“ akzeptiert hatte. Schon gut ein Jahr nach der Maueröffnung war die überwältigende, vielleicht auch etwas blind machende Freude über das Ende eines bürokratischen Zwangssystems, waren neue kleine Freiheiten wie etwa die der Wahl des Urlaubsortes fast vergessen, flogen die ersten Eier gegen westdeutsche Politiker, voran den Bundeskanzler. Da bedurfte es schon offensiver Zusprache aus allen Richtungen, wie jener des – ebenfalls kürzlich verstorbenen – Unternehmers und Kunstsammlers Peter Ludwig, 1994 in der WELT: „Geistig wiedervereinigt ist Deutschland noch nicht. Wiedervereinigung bedeutet Respekt voneinander und verlangt Einfühlbarkeit. Es kann in Deutschland nicht Sieger und Besiegte geben.“ So ähnlich hat man das auch schon von Leuten aus dem Osten gehört, etwa dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wolfgang Thierse.

Selbst wer mit dem schillernden Begriff der „kulturellen Identität“ innerhalb eines Territoriums nicht viel anfangen kann⁷: Respekt der Deutschen

5 Zit. nach Andreas Johannes Wiesand, *Kunst ohne Grenzen? Kulturelle Identität und Freizügigkeit in Europa*, Köln 1987, S. 17.

6 Vgl. Jacob Burckhardt, *Die Kultur der Renaissance in Italien*, Leipzig 1860.

7 Hermann Bausinger sieht in der üblichen Verwendung des Begriffs „kulturelle Identität“ z. B. eher die Tendenz zur „harmonisierenden, vereinheitlichenden Leerformel“ (so in seinem Gutachten zu diesem Thema für die Deutsche UNESCO-Kommission, Bonn 1982).

aus dem Westen gegenüber jenen aus dem Osten mit ihrem doch anders verorteten historischen Gedächtnis abzuverlangen und dies bis hin zu Kunstförderung, Medienpolitik und Denkmalpflege auch konkret werden zu lassen könnte zugleich auch ein guter Maßstab für das künftige Verhältnis zu unmittelbaren und weiteren Nachbarn in Europa sein, deren Eigenständigkeit in kultureller, künstlerischer, literarischer und sonstiger Hinsicht oft nicht ausreichend begriffen wird⁸. Das chamäleonhafte, oft in einer Person zwischen regionalorientiertem Populisten und multimedialen Transatlantiker schillernde Erscheinungsbild mancher unserer Politiker läßt allerdings einige Zweifel daran aufkommen, ob sich hier so bald etwas ändern kann.

Die Finanzlücke: Anstoß zur Reform des Kulturföderalismus?

Daß sich die mittlere Identitätskrise nach der deutschen Einigung in den Finanzierungsfragen der Kulturpolitik ebenfalls niederschlagen würde, kann kaum noch verwundern. Bereits im Frühjahr 1992, bei einer Rede zur Übernahme der Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz (KMK), machte Steffie Schnoor, damals Kultusministerin von Mecklenburg-Vorpommern, vielleicht ungewollt deutlich, wie wenig noch vom solidarischen Aufbruch des Jahres 1990 geblieben war: „Es kann nur ein Gerücht sein,“ spottete sie, „daß in einigen Bundesländern die Meinung vertreten werde: ‚Es reicht doch, wenn der Bund die kulturellen Einrichtungen in meinem Land finanziert, für die anderen gilt selbstverständlich der Föderalismus‘.“

Ahnte sie bereits, daß Bundesfinanzminister Waigel in seiner Finanzplanung schon im Sommer 1993, mit anfangs nur heimlichem Beifall auch mancher West-Kulturpolitiker, den Rotstift genau in der Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums mit ihren bis dahin reichlichen Zuschüssen von weit über drei Mrd. DM für die ostdeutsche Kulturlandschaft ansetzen würde?

8 Vgl. etwa die oft ganz selbstverständliche „Eingemeindung“ der schweizerischen oder österreichischen Literatur. Schritte in Richtung von mehr wechselseitiger Anerkennung bei gleichzeitig intensiver Kooperation hat im April 1994 eine erste „Liechtensteiner Kulturkonferenz“ unternommen, an der Fachleute aus Österreich, der Schweiz, Luxemburg, Deutschland sowie aus Südtirol und dem französischen Elsaß teilnahmen, vgl. „Identität im deutschsprachigen Kultur- und Medienraum“ in: *Allmende*, Sonderband Nr. 44 (1995).

Wer gehofft hatte, nach der deutschen Einigung würden die Verantwortlichen aus den Ländern und Kommunen gemeinsam mit Vertretern des Bundes und vielleicht sogar einigen Kulturstiftungen und Dachverbänden, eine „Wende“ auch in der Kulturpolitik versuchen, sah sich jedenfalls getäuscht: Die Bundesförderung blieb ein Strohflecken⁹, konzentrierte sich ab 1995 nur mehr auf wenige, vermeintlich repräsentative „Leuchttürme“; derzeit stehen wir mitten in einer Welle von Schließungen oder Fusionen von Kultureinrichtungen. Dies soll nach dem Willen von Bundeshaushältern und Länderstrategen auch das Rezept für die künftige kulturelle „Hauptstadtförderung“ in Berlin sein.

Dabei wäre durchaus Zeit gewesen für

- eine gründliche Bestandsaufnahme von kulturellen Verfahrensweisen und Infrastrukturen, einschließlich „identitätsstiftenden“ Symbolen;
- einen Kassensturz mit der Klärung von Prioritäten und anschließend
- einen präzisen Katalog für die künftige kulturpolitische Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie für Felder der Kooperation, mindestens aber klare Diskussionsangebote für die Zukunft des deutschen Kulturföderalismus in Europa.

Doch bislang blieben ernsthafte Versuche in dieser Richtung aus. Statt dessen funktionierte bezeichnenderweise schon im Winter 1989/90, bei ersten gemeinsamen kulturpolitischen Tagungen und Bestandsaufnahmen der „Wendezeit“, nichts so gut wie Austausch und Aneignung inhaltsleerer Begrifflichkeiten, darunter vor allem die einer „Kulturhoheit der Länder“¹⁰, die noch in den letzten Monaten der DDR mit einer staatlichen „Kulturpflicht“ in der Verfassung verknüpft wurde. Auch im Westen hatte man sich nach kurzem Innehalten rasch wieder auf solche gebetsmühlenartig wiederholten Formeln zurückgezogen und damit Politik für die Kultur zunächst zur Sache der Politiker und Verwalter erklärt, neuerdings bei knappen Kassen auch zu der von ver-

9 Vgl. Otto Hofecker/Michael Söndermann/Andreas Johannes Wiesand (Hrsg.), Kulturförderung im Föderalismus, Bonn 1994. Welche wichtigen Beiträge im Rahmen der Übergangfinanzierung des Bundes geleistet wurden, beleuchtet Waldemar Ritter, Kulturpolitik im Prozeß der inneren Einheit Deutschlands. Eine Bilanz nach 5 Jahren, in: KulturStatistik, (1996) 9.

10 Zur Problematik dieses Begriffs vgl. u. a. Werner Maihofer, Kulturelle Aufgaben des modernen Staates, in: Ernst Benda/Werner Maihofer/Hans-Jochen Vogel, Handbuch des Verfassungsrechts, Berlin 1983.

meintlich uneigennütigen Sponsoren, die vor allem Haushaltslücken schließen sollen, damit aber gegen Auflagen der Finanzämter verstoßen würden.

Offenbar haben wir uns von Vorstellungen einer „Staatskultur“ noch nicht allzuweit entfernt: Braucht der deutsche Kulturbürger mangels eigenen Engagements abseits von Verein oder Vernissage, Kleinkunst oder Staatsoper wirklich seine hoheitlichen Beruhigungsmittelchen, seinen täglichen Kotau vor dem Kulturdezernenten?

In Wirklichkeit ist wohl alles noch viel einfacher: Eine handelnde „Kulturelle Öffentlichkeit“, die sozio-kulturelle Basisnähe mit künstlerischen Qualitätsmaßstäben verbinden kann und auf die Kulturentwicklung individuell oder in Gruppen Einfluß nimmt, mag es vielleicht hier und da in den Stadtteilen einiger Großkommunen oder in kleineren Orten geben, länder- oder bundesweit sucht man sie häufig vergebens. Dort spielt meist die Musik der Verwaltungen, beeinflußt hin und wieder durch Medien, Kulturwirtschaft und Verbände. Nach dieser Melodie soll sich möglichst wenig in den Gewichten der am föderalistischen System beteiligten Instanzen ändern – und wenn, dann nur ja ganz langsam, damit man immer weiß, wo es langgeht und keine vermeintlichen Rechtsansprüche verlorengehen. . . So bleibt als Ergebnis nur nüchtern zu konstatieren, daß wir derzeit in Deutschland (und übrigens auch in den meisten anderen Staaten Europas!) noch Kulturpolitik ohne eine klare Rolle für den unsicheren Kantonten Staatsbürger erleben.

Was als *Common sense* aus Bestandsaufnahmen¹¹ übrigbleibt, ist etwa,

- daß ohne den *Bund* und seine Mittel große Herausforderungen wie der deutsche Einigungsprozeß, auch auf kulturellem Gebiet, nicht zu bewältigen waren (und weiterhin sind);
- daß die *Länder* nicht grundlos gegen eine „zentralistische“ Kulturpolitik (auch in Europa) opponieren und ihre Rechte einklagen, wo diese eindeutig gefährdet werden, und
- daß die überragende Rolle der *Städte, Gemeinden und Kreise* als Träger und Förderer von Angeboten der Kulturvermittlung für alle Bürger unstrittig ist (soweit diese Rolle jeweils vor Ort auch tatsächlich akzeptiert wird).

11 In diesem Sinne verschiedene Beiträge in der Aufsatzserie „Versagt der Kulturföderalismus?“ des Bonner *General-Anzeiger* im Winter 1992/93.

Vor einem Thatcherismus in der Kulturpolitik?

Grundlegende wissenschaftliche Bemühungen zu Fragen der Kulturpolitik und -finanzierung sowie ihrer möglichen Neuordnung, die über solche eher simplen Einsichten hinausgehen würden, sind in Deutschland bislang rar. Ein umfassender „kulturpolitischer Diskurs“ wird so behindert, auch mangels entsprechender Traditionen an den Hochschulen, die „Kultur“ allzulange in gesellschaftsenthobenen Sphären oder schlicht im „Überbau“ verortet hatten. Manche Gutachten, etwa über die sogenannte „Umwegrentabilität“ öffentlicher Kulturausgaben, sind eher Legitimationsnöten geschuldet, und Kompilationen von Aufsätzen oder Vorträgen wirken oft disparat. Dennoch ist allmählich ein „Reformstau“ erkennbar¹².

Als Trend dieses sich heute ausdifferenzierenden Forschungsfelds ist aber – wieder in gesamteuropäischer und sogar weltweiter Gemeinsamkeit – eine „Ökonomisierung“ ablesbar: Von der anfangs oft noch recht naiven „Entdeckung“ wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer „Effekte“ künstlerischer und kultureller Aktivitäten¹³ reicht das Spektrum bis zu einer differenzierteren Sicht, die sich einerseits auf tatsächlich quantifizierbare ökonomische Entwicklungen (z. B. in der Kultur- und Medienwirtschaft, also den wirtschaftlich im Markt tätigen Betrieben)¹⁴ und zum anderen auf sektorale sowie regionale Markt-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsstudien bezieht¹⁵. Das macht insofern Sinn, als zu globale oder allein an wirtschaftswissenschaftlichen Prinzipien orientierte Sichtweisen der Gefahr unterliegen, nicht primär auf Wirtschaftsmärkten gehandelte geistig-künstlerische, pädagogische oder wissenschaftliche Pro-

zesse mit monetären Produkten gleichzusetzen und damit z. B. „Wertschöpfung“ nur im ökonomischen Sinne zu verstehen.

Zur *Legitimation des Kulturangebots* reicht heute offenbar dessen bloße Existenz, das damit zweifellos verbundene „Prestige“ für den Standort und auch der Nachweis künstlerischer Innovationsbereitschaft nicht mehr aus; immer öfter wird nach zusätzlichen Begründungen und Erfolgen gefragt, gelegentlich auch schon ein materieller Rückfluß für die Geldgeber erwartet. Speziell ein von manchen Kulturpolitikern und Publizisten als „etabliert“ eingestuftes *Theater- und Orchesterangebot*, dessen Dichte weltweit seinesgleichen sucht, steht schon seit Jahrzehnten im Feuer der Kritik. So vermißt Joachim Kaiser in der Süddeutschen Zeitung auch jetzt wieder „schmerzlich“ die „Überzeugung vom universalen, darum subventionswürdigen Charakter unserer Hochkultur“, zählt unter anderem neben „Sparkommissaren“ die 68er Studenten, die Grünen oder allzu moderne Interpreten und Regisseure als Grund für die aktuelle Legitimationskrise mit ihren Wirkungen auf öffentliche Etats auf¹⁶.

Daß es sich hier aber wahrscheinlich um eine „hausgemachte“ Krise handelt, ist u. a. daran abzulesen, daß etwa *Schließungspläne* für Theater und Orchester sich kaum auf einen Konsens der breiten Öffentlichkeit berufen dürfen: Öffentliche Mittel werden gerade diesen Kulturinstitutionen von großen Mehrheiten der Bevölkerung weiter zugestanden, und zwar grundsätzlich auch dann, wenn die Befragten selten oder nie entsprechende Veranstaltungen besuchen (können). Dies schließt allerdings nicht aus, daß bei der Aufbringung und Verteilung der Kulturretats und bei der Information und Beteiligung der Bürger *Reformbedarf* gesehen wird¹⁷.

Die oft als eindeutig deklarierte oder gar ideologisch untermauerte scharfe Trennung zwischen „öffentlicher Kulturpflege“ und „Marktmodell“ ist in der Realität des Kulturbetriebs, stellt man derzeit in Europa übliche Formen der Kulturfinanzierung gegenüber, keineswegs so eindeutig nachzuvollziehen. Vielmehr existiert in fast allen Kultursparten eine große „Modellvielfalt“ mit ganz unterschiedlichen rechtlichen Trägerformen,

12 Vgl. Deutscher Kulturrat (Hrsg.), Zweiter Bericht zur Kulturpolitik, Bonn 1994, mit Leistungs- und Finanzdaten aus diversen Kultursparten. Vgl. auch Norbert Sievers/Bernd Wagner (Hrsg.), Blick zurück nach vorn – 20 Jahre Neue Kulturpolitik, Essen 1994. Am weitesten entwickelt ist noch die rechtswissenschaftliche Diskussion um Fragen der Kulturförderung – vgl. grundsätzlich z. B. Friedhelm Hufen, Die Freiheit der Kunst in staatlichen Institutionen, Baden-Baden 1982.

13 Vgl. etwa Jens Gerwin/Ingrid Holzhauser, Wirtschaftsfördernde Aspekte kommunaler Kulturangebote am Beispiel der Stadt Neuss, Univ. Bremen 1988.

14 So die beiden Berichte der Arbeitsgemeinschaft Kulturwirtschaft für das Wirtschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Dynamik der Kulturwirtschaft, Bonn 1993, und: Kultur und Medienwirtschaft in den Regionen Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1995.

15 Vgl. z. B. Marlies Hummel/Cornelia Waldkircher, Kulturfinanzierung in Bremen, München 1990.

16 Joachim Kaiser, Begegnungen mit dem Genius, in: Süddeutsche Zeitung vom 31. August 1996.

17 Vgl. Andreas Johannes Wiesand, Musiktheater und Konzerte: Mehr Rückhalt in der Bevölkerung. Aus den Ergebnissen des 5. „KulturBarometers“, in: Das Orchester, (1995) 3. Hier zeigen sich übrigens im Vergleich mit früheren Erhebungen seit 20 Jahren kaum Veränderungen in den Präferenzen der Bevölkerung.

weshalb es sinnvoll ist, Ansätze für Synthesen zu suchen, die für unsere kulturelle Infrastruktur Überlebenschancen bieten und sie zugleich modernisieren helfen¹⁸.

Daß es zwischen öffentlichen Kulturbetrieben und dem „Kommerz“ Verbindungen, häufig sogar enge traditionelle „Komplementärbeziehungen“ gibt, die sich zum Nutzen der Kulturentwicklung und auch der künftigen Versorgung mit „Medien-Software“ noch ausbauen ließen, ist kaum zu bestreiten; daß eine umstandslose Privatisierung bisher öffentlich verantworteter Angebote der Kunstvermittlung und kulturellen Bildung aber keine akzeptable, nicht einmal realistische Alternative darstellt, ist ebenso klar. Gerade letzteres ist nicht nur in den Rundfunkurteilen des Bundesverfassungsgerichts oder durch Künstler und Museumsleute in der „Düsseldorfer Erklärung“ (1995), sondern z. B. auch vom Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie im „Schweriner Manifest“ (1993) oder von der Kulturpolitischen Gesellschaft in ihrer „Hagener Erklärung zur Kulturpolitik“ (1996) betont worden. Sieht man freilich genauer hin, wird schon deutlich, daß es durchaus noch Unterschiede in den Prioritäten für zu fördernde Einrichtungen und bei den Präferenzen für kulturpolitische Aktionsformen gibt. Ob jedoch allgemein befürwortete steuerpolitische Reformen zugunsten privater Stifter, wie sie kürzlich das „Grünbuch“ des Aktionskreises Kultur zusammenfaßte, angesichts der Konzeption der aktuellen Steuerreform überhaupt eine Chance haben, erscheint fraglich: Der schon erkennbare politische Widerspruch, daß einerseits die öffentliche Hand und zugleich die Wirtschaft entlastet werden sollen, andererseits bisher kaum Instrumente der Selbsthilfe und der Förderung des Privatengagements geplant sind – die künftige Gestaltung des Urheberrechts¹⁹ und der Erbschaftsteuer²⁰ dürften hier zum Lackmusestest werden –, veranlaßte pikanterweise bereits die Bundestagsfraktion der Grünen dazu, im September 1996 unter der Kennung „demokratisches Mäzenatentum“ eine Anhörung durchzuführen.

18 Vgl. Ritva Mitchell/Andreas Johannes Wiesand, 'Arts Administration Studies' in Europa, in: Hermann Ranke (Hrsg.), Kulturmanagement, Berlin 1994, S. 558 f.

19 So wurde in den Jahren 1993 bis 1995 die Chance veräußert, die EG-weite Verlängerung der Werkschutzfrist auf 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers für Initiativen zugunsten lebender Künstler und Autoren zu nutzen. Vgl. hier auch die Vorschläge von Adolf Dietz, Einige Thesen zum Urhebergemeinschaftsrecht, in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM), (1991) 3, S. 129–132.

20 Seit 1996 gibt es einen neuen Vorschlag des Kulturkreises im BDI zur Förderung von Zuwendungen durch Erben an Kultur- und Wissenschaftsstiftungen.

Wieviel Wirtschaft in der Kultur?

Eine öffentliche Gesamtverantwortung für ein vielfältiges, freiheitliches Kulturleben ist nach unserer Rechtsordnung gegeben: Es geht dabei um eine subsidiär abgefederte, zwingende Mitwirkung der Organe des „Kulturstaates“, einschließlich der Kommunen, bei der Kulturpflege und vor allem bei der „wirksamen Förderung wirklich förderungsbedürftiger künstlerischer Leistungen“, deren „wirtschaftliche Kraft“ für eine Eigenfinanzierung am Markt nicht ausreicht (so das Bundesverfassungsgericht in seinem „Schallplattenurteil“ von 1974, in dem übrigens zugleich die Legitimität der Verbindung von Steuerrecht unter Bundeseinfluß mit der Kunstförderung unterstrichen wurde)²¹.

Ein Modell war bislang der *öffentlich-rechtliche Rundfunk*, dessen Sonderstellung als Garant einer sogenannten „Grundversorgung“ der Bürger nicht zuletzt auf der Einbeziehung einer Fülle von freien künstlerischen und publizistischen Mitarbeitern in die Programme beruhte, die allein erst die „gebotene Vielfalt“ und durch „Aktivität, Lebendigkeit, Einfallsreichtum, Sachlichkeit, Fairneß oder künstlerisches Niveau“ die „Qualität von Rundfunksendungen“ sicherstellen (so das Bundesverfassungsgericht am 13. 6. 1982). Ob dieses ganz allgemein für die Komplementärbeziehungen im kulturellen Bereich sehr wichtige Prinzip eines kulturell produktiven Rundfunks auch in Zukunft tragen kann, hängt einerseits wieder von Finanzierungsregelungen – der sogenannten KEF-Kommission für die Rundfunkgebühren – und andererseits von privaten „Anbietern“ ab, die zunehmend selber mit eigenen Produktionen auf den Markt kommen und durch die Multiplizierung von Spartenkanälen auch „seriöse“ Terrains besetzen können.

So wichtig es ist, im *Management größerer Kultur- und Medienbetriebe* manche der künstlerisch-publizistischen Freiheit oft gar nicht dienliche alte Zöpfe abzuschaffen und ein „Behördendenken“ durch mehr Transparenz, Selbstverantwortung, Eigenprofilierung und zielorientiertes Arbeiten zu ersetzen, so sehr muß es dabei doch in erster Linie um eine Rückbesinnung auf die *kulturelle Produktivität* in ihren oft sehr (sparten)spezifischen und individuellen Ausprägungen gehen;

21 Vgl. BVerfG-Urteil vom 5. März 1974 (NJW 1974, S. 689–692).

betriebswirtschaftliche Patentrezepte helfen da kaum weiter²².

Auch bei öffentlichen Theatern, Konzerthallen und Ausstellungshäusern wird das Programm häufig schon durch die Angebote privater Agenten oder anderer Vermittlungsinstanzen vorbestimmt. Dies ist dann kaum problematisch zu nennen, wenn die öffentlichen Einrichtungen selber die „Programmhoheit“ behalten, also mit gewichtigen eigenen Produktionen/Leistungen und personellen Kapazitäten ein qualitatives Gegengewicht bieten können, was jeweils nur vor Ort und in jedem einzelnen Institut zu prüfen ist.

Im übrigen wird die Kulturwirtschaft in ihrer Bedeutung und in ihren Querverbindungen zu öffentlichen Kultureinrichtungen bei uns tendenziell unterschätzt: Allein der *Buchmarkt* mit 1995 rund 16,5 Mrd. DM Umsatz erreicht schon die Größenordnung der gesamten öffentlichen Kulturförderung von Bund, Ländern und Kommunen²³. Wenn, wie es der Börsenverein des deutschen Buchhandels schätzt, in den letzten fünf Jahren tatsächlich 50 Prozent der Anschaffungsetats der öffentlichen Bibliotheken „eingespart“ werden mußten, hat dies Informationswünsche der Nutzer ebenso geschädigt wie, naturgemäß, die Budgets der Verlage und Buchhandlungen – mit Folgen für Investitionen in neue Werke. Doch deutet sich neuerdings die Chance an, daß ohnehin vorhandene „symbiotische“ Beziehungen zwischen Buchhandlungen und Bibliotheken zusätzlich fruchtbar gemacht werden können – ähnlich den schon existierenden Förderbeziehungen zwischen Musikinstrumentenherstellern und Musikschulen: Bisher laufend reduzierte Öffnungszeiten der öffentlichen Bibliotheken – Schließungen Hunderter von Zweigstellen verschärfte die Angebotsverringering weiter – sollen, so hörte man 1996 bei den „Buchhändlertagen“ in Bremen, in Zusammenarbeit der örtlichen Vertreter beider Seiten künftig wieder erweitert und so dem neuen Ladenschluß unserer Innenstädte angepaßt werden. Eine kleine Chance für die „underdogs“ der Kulturpolitik der letzten zehn Jahre wäre dies allerdings nur dann, wenn sich der Staat nicht weiter aus der Finanzierung zurückzieht.

²² Wie differenzierte Managementkonzepte selbst in den oft als „nicht reformierbar“ eingestuften Musiktheatern Kräfte und Mittel für die eigentliche künstlerische Arbeit freimachen können, erläutert im Detail Clemens Hoegl, *Ökonomie der Oper*, Bonn 1995.

²³ In der Lesart der Kultusministerkonferenz; die Kommunen verzeichnen höhere, der Bund geringere Ausgaben; vgl. weitere Details in: *Kulturforschung*, (1996) 12, S. 2.

Die nachfolgenden Thesen – geprägt durch die Mitarbeit des Verfassers in verschiedenen inländischen und europäischen Fachgremien oder Netzwerken und im Kern zur Diskussion gestellt beim zweiten Treffen des „Aktionskreises Kultur“ am 13. Juni 1996 in Bonn – fassen bisherige Überlegungen noch einmal zusammen.

Acht Thesen zur Entwicklung von Kulturpolitik und Kunstförderung in Deutschland

These 1: Eine Struktur- und Funktionsreform unseres kulturpolitischen Systems ist überfällig

Eine ernsthaft betriebene Struktur- und Funktionsreform unseres kulturpolitischen Systems blieb nach der deutschen Einigung aus. Sie würde einer „Fitneßkur“ gleichkommen und ist schon seit Jahrzehnten überfällig, wie *Querelen um bundesweit relevante Aufgaben und Institutionen* bzw. um ihre Förderung und versäumte Chancen im europäischen Kulturdialog immer wieder vor Augen führen.

These 2: Krisenmanagement ersetzt keine „Professionalisierung“ der Kulturpolitik als Querschnittaufgabe

Manche der aktuellen Sparmaßnahmen könnten Anlaß zur Selbstprüfung über tatsächlich notwendige öffentliche Aufgaben werden, könnten sogar zur „Profilbildung“ öffentlicher Kulturinstitutionen oder zur Identifikation von Aktionsfeldern beitragen, in denen private Betriebsformen, eventuell mit öffentlicher Beteiligung, vielleicht bessere Resultate erbringen. Die Rolle der öffentlichen Hand als Veranstalter von „Events“ außerhalb der Kulturinstitutionen mit öffentlichem Auftrag ist ohnehin umstritten.

Kulturpolitik wird zunehmend „Querschnittaufgabe“, beeinflußt u. a. wirtschafts-, sozial-, bildungs-, rechts- und außenpolitische Handlungsfelder und wird sich voraussichtlich weiter ausdifferenzieren. Eine laufende wissenschaftliche Begleitung und, wo möglich, empirisch abgestützte Evaluierung ihrer Wirkungen auf der Basis eigener Ziele, Maßstäbe und Wertvorstellungen wird daher immer wichtiger.

These 3: Die Legitimität öffentlicher Kulturförderung ist ebenso umstritten wie zugleich unstrittig

Die häufig konstatierten Legitimationsprobleme staatlichen Handelns in der heutigen Zeit verschonen die Kulturpolitik als eine vermeintlich „freiwillige Aufgabe“ zwangsläufig nicht, doch sind ihr Ursprung hier oft die Meinungsführer des Kulturbetriebs selbst und weniger ein etwa fehlender Rückhalt in der Öffentlichkeit.

Die Organe des „Kulturstaates“ haben bei der Kulturpflege – im Sinne von Freiheitssicherung und Innovationsförderung nach dem Prinzip einer „wirksamen Förderung wirklich förderungsbedürftiger künstlerischer Leistungen“ (Bundesverfassungsgericht) – und auch der „Grundversorgung“ mit Angeboten kultureller Bildung entscheidende Aufgaben. Sie müssen aber stets prüfen, was sich am Markt auch selber finanzieren könnte. Eine noch weiter gehende sogenannte staatliche „Kulturpflicht“ erscheint daher z.Z. nicht prioritär. Dies bedeutet kein „laissez-faire“, schmälert das Abwehrrecht der Künstler und Autoren gegen staatliche Eingriffe ebensowenig wie die auch materielle Gewährleistung der Kunstfreiheit.

Geeignete, bundesweit gültige *rechtlich-politische Rahmenbedingungen* für ein die öffentliche Förderung ergänzendes privates Kulturengagement und Industriesponsoring sind dagegen längst überfällig.

These 4: Alte und neue Aufgabe der Kulturpolitik ist es, Arbeitsteilung statt Konkurrenz der Träger des kulturellen Lebens zu fördern

Die Differenzierung *unterschiedlicher Träger und Finanzierungsquellen* für unterschiedliche Angebote hat in Deutschland Tradition; so versuchen bisher Bibliotheken nicht, den Buchhandlungen das Wasser abzugraben, und Museen verkaufen normalerweise keine Bilder. Diese Arbeitsteilung, die eine leistungsfähige, kulturpolitisch aber meist *unterschätzte Kulturwirtschaft* begünstigt hat (vgl. These 7), ist inzwischen tendenziell gefährdet. Das insgesamt gesehen bisher nur gering entwickelte *Sponsoring* (Anteil von rund fünf Prozent der Kulturfinanzierung) kann auf die „operativen Mittel“ einzelner Institutionen, speziell Museen, inzwischen bereits einen dominierenden Einfluß haben.

Das anzustrebende Gleichgewicht von „Komplementärbeziehungen“ zwischen öffentlichen, gemeinnützigen, individuellen und wirtschaftlichen Trägern oder Finanzgebern wäre vielleicht durch einen *Sponsoring-Kodex* noch weiter zu stützen.

Ähnlich wie bei der neuen „Kulturverträglichkeitsklausel“ im EU-Vertrag von Maastricht (Art. 128 Nr. 4) sind auch innerhalb Deutschlands *Informations- und Beteiligungsverfahren*, evtl. sogar Einspruchsrechte gegenüber staatlichen Planungen und Aktionen denkbar, die für die Kultur relevant sind.

These 5: Kulturelle Produktivität und unterscheidbare Angebotsprofile sind wichtige Förderkriterien

Die „Effizienz“ künstlerischer Produktivität und Vermittlung sowie der professionellen künstlerischen Nachwuchspflege (z.B. in Kunsthochschulen) ist nicht pauschal betriebswirtschaftlich, etwa nach festen Kennziffern, kalkulierbar, und es geht hier auch nicht um eine „flächendeckende“ Verteilung von Institutionen im Gesamtstaat oder in einer Region. Je nach Tradition oder aktuellen Wünschen der Nutzer sind vielmehr durchaus *Schwerpunktbildungen* gleichartiger Institutionen mit jeweils unterschiedlicher Profilierung des Angebots z.B. im Einzugsgebiet einer Stadt möglich. Für die Förderung wird es vor allem darauf ankommen, daß sich im regionalen und kommunalen Vergleich jeweils *unterscheidbare Qualität* entwickelt und nach einer Anlaufzeit dauerhaft gegenüber dem internationalen „Standardprodukt“ durchsetzt oder sogar Angebote der Metropolen beeinflußt.

These 6: Die freie Kulturarbeit braucht bessere Bedingungen, auch im Interesse „etablierter“ Institutionen

Die individuelle oder projektbezogene *Künstler- und Autorenförderung*, die Unterstützung bürger-schaftlicher *Vereinigungen* der Kulturvermittlung (z.B. Kunstvereine) sowie die Finanzierung *freier kultureller Initiativen*, auf die bisher ein Anteil von weniger als zehn Prozent entfällt, ist unzureichend: Die Inspiration mancher öffentlicher Theater und Museen, künftig wohl auch schon das schiere Überleben öffentlicher Kulturinstitutionen mit verringertem oder ganz gekapptem operativen Budget, wird zunehmend von *programmbezogenen Kooperationen* mit „freien Gruppen“ und unabhängigen Künstlern oder Realisatoren abhängen. Dafür sind eine noch bessere kulturpolitische Abstimmung und geeignete Vertragsgrundlagen wichtig, ebenso verbesserte Möglichkeiten der Eigenproduktion und -finanzierung künstlerischer Vorhaben (z.B. durch Rückflüsse aus urheberrechtlichen Nutzungsentgelten).

These 7: Die Möglichkeiten der „public-private-partnership“ mit Betrieben der „Kulturwirtschaft“ wurden bisher oft unterschätzt

Nicht wenige Betriebe der Kultur- und Medienwirtschaft, wesentlicher Teil unserer Gesamtversorgung“ mit Kulturgütern und -leistungen, weisen eine enorme *wirtschaftliche Dynamik* auf und bieten echte *Arbeitsmarktreserven*, leben allerdings ihrerseits von den qualitativen Vorleistungen öffentlicher Bildungs- und Kulturpolitik. In örtlichen oder regionalen Absprachen kann es hier auch zu individuellen Partnerschaften oder zu Hilfen für die Funktionsfähigkeit von öffentlichen Kulturbetrieben kommen.

These 8: Die deutsche Beteiligung bei der europaweiten kulturellen Zusammenarbeit ist unzureichend

Grenzüberschreitende Aktivitäten können viele der seit Jahrhunderten vorhandenen Verbindungen und Wechselwirkungen in Europa wieder fruchtbar werden lassen. Dabei wären „nominell-

europäische“ durch echte, also „europäisch-integrierte“ Kooperationen zu ergänzen und allmählich zu ersetzen, was ohne direkte Beteiligung ausländischer Fachleute und Institutionen nicht möglich ist. Die neue europäische Vielfalt wird regionale Besonderheiten und kulturpolitische Prioritäten vor Ort nur dann nicht beschädigen, sondern sie sogar fördern, wenn bisher unzureichende Anstrengungen zur „Öffnung“ verstärkt werden. Wichtige *kulturpolitische Einflusfelder der EU oder des Europarats* müssen ausgebaut, transeuropäische Netzwerke und Kulturinstitutionen mit deutschem Hauptsitz auch dann gefördert werden, wenn es sich um „Nicht-Regierungsorganisationen“ (NRO) handelt. Dies kann bald zu einer Existenzfrage unseres Kulturföderalismus werden.

Trotz eingeschränkter Finanzen bleibt es außerdem prioritär, im Rahmen der kulturellen Bildung mehr *Verständnis für kulturelle Differenzierung* zu schaffen und auf dieser Grundlage weltweit einen wirklichen *interkulturellen Austausch* aufzubauen.

Hilmar Hoffmann

Kulturdialog für das 21. Jahrhundert

Die Arbeit der Goethe-Institute im Ausland: Erfahrungen und Herausforderungen

Unterschiedliche Motive

In einer Phase der Neuorientierung ist es nicht von Nachteil, sich für die künftige Arbeit der historischen Dimensionen zu erinnern. Im Jahre 1912 katapultierte Karl Lamprecht, der als innovativer Historiker gegen den Widerstand seiner Zunft die Sozial- und Kulturgeschichte in Deutschland heimisch machte, mit einer vielzitierten Rede den Begriff „auswärtige Kulturpolitik“ in die politische Landschaft. Damit beginnt die Karriere einer Idee.

Lamprecht definierte sie dezidiert im Sinne der expansiven Hegemonialinteressen des deutschen Kaiserreiches und garnierte sie mit opportunistischen Begründungen vom Anspruch deutscher Weltgeltung und der „besonderen wichtigen Rolle“, die eine „Nation der Philosophen und Pädagogen“ wahrnehmen müsse, die im Wettbewerb um die „höchsten sittlichen und intellektuellen Güter der Menschheit“ obsiegen wolle¹.

Wurden zu Herders Zeiten und in der politischen Romantik die Besonderheiten der Kulturen und Völker vornehmlich *defensiv* zur Verteidigung gegen fremde Herrschaft instrumentalisiert, so gesellte sich im 20. Jahrhundert eine *offensive* Komponente hinzu: Kulturgeltung und auswärtige Kulturpolitik dienten vordergründig als Instrumente weltpolitischer Machtexpansion.

Mit der Beschleunigung des Erfahrungswandels sind Machtphantasien und Sendungsbewußtsein, wie sie nach Karl Lamprechts apriorischem Prinzip ein abstraktes Ideal definieren, in der heutigen politischen Landschaft obsolet geworden. Im Schlagabtausch der hegemonialen Ansprüche kam

es auf Vereinfachungen an, heute ist differenzierte Reaktionsfähigkeit gefragt.

Ein anderes Ziel aber ist jenseits von Lamprechts Sendungsbewußtsein in dessen politischen Maximen zum auswärtigen Kulturauftrag heute wiederum bedenkenswert: Er plädierte dafür, das Verständnis für andere Kulturen aus ihrer eigenen inneren Logik heraus zu vermitteln. Er empfahl eine „Arbeitsgemeinschaft verschiedener, aus den einzelnen Nationen entnommener Forscher“, die im gemeinschaftlichen Austausch „in eine wahrhaft internationale Auffassung der Menschheit hineinwachsen“. Sie sollten so etwas wie „eine auserlesene geistige Mannschaft internationaler Sympathien und gegenseitigen Verständnisses der Völker“ bilden.

Mit entsprechender semantischer Modifizierung läßt sich daran gedanklich anknüpfen. Solch offener Dialog mit anderen könnte geeignet sein, die approbierte eigene Position im konfliktreichen Miteinander der heutigen Kulturen zu überdenken, zukunftsrecht weiterzuentwickeln und festgefügte Verhaltensmuster einer Gesellschaft aufzubrechen. Die Ethnographie des Alltags tritt an die Stelle vergilbter Weltatlanten.

Heute wird kein Staat mehr auswärtige Kulturpolitik aus dem Kalkül eines reinen nationalen Egoismus betreiben. Erst recht nach den Erfahrungen pervertierter Außenpolitik im Dritten Reich besteht in Deutschland kein umfassender Anspruch auf nationale Signifikanz mehr. Ein Egoismus zweiter Ordnung ist da naheliegender: Wir wissen nicht erst seit Tschernobyl, daß soziale oder ökologische Katastrophen und andere nicht mehr beherrschbare Ereignisse in dem einen Land auch unabsehbare Konsequenzen in anderen Ländern haben. Nur wenn die jeweils anderen sich akzeptiert und gerecht behandelt sehen, läßt sich mit ihnen ein System gemeinsamer Sicherheit und Zukunftsvorsorge entwickeln. Dazu müssen auch wir selber uns zur Erfahrung des anderen befähigen.

¹ Vgl. Karl Lamprecht. Über auswärtige Kulturpolitik. 1912, in: Kurt Düwell, Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente, Köln – Wien 1976, S. 255–267.

Souverän und komplementär zugleich

An jene griffige Formel Walter Scheels von 1971 läßt sich anknüpfen, wonach auswärtige Kulturpolitik souverän und komplementär zugleich sei, wenn immer es darum geht, vor Hybris und Überschätzung zu warnen. Nie ist auswärtige Kulturpolitik völlig souverän, immer ist sie in der Praxis eingebunden in die sich ständig wandelnde Gesellschaft, die sie im Negativen wie im Positiven als Bestandteil der Politik spiegelt und deren wirtschaftliche Entwicklung sie in der Welt vertritt. Deutsche auswärtige Kulturpolitik kann nicht glaubwürdig vom behutsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen im ökologisch sensibilisierten Deutschland reden, wenn gleichzeitig deutsche Unternehmen um Großaufträge buhlen für die Ausrüstung von ökologisch fragwürdigen gigantischen Projekten wie Staudambauten oder wenn sie Kettensägen für das Roden von Regenwäldern verteilen wollen. Es läßt sich keine überzeugende Menschenrechtsdiskussion führen, solange wirtschaftspolitisch motivierter Opportunismus Kniefälle vor Mörderregimen macht.

Souverän und komplementär zugleich zu sein – dieser Spagat evoziert Konflikte und Probleme. Auch vor solchen Imponderabilien sollten wir uns nicht allzusehr fürchten. Konflikte werden sich fast immer an Einzelfällen entzünden und deswegen manchem ungerechtfertigt erscheinen. Partielle Problemfälle sind noch keine Katastrophe. Sie durchzustehen, ohne das Gesicht zu verlieren, muß als Bestandteil des Tagesgeschäftes einer Weltorganisation wie des Goethe-Instituts akzeptiert werden. Standardmethoden reichen zur Lösung von hochvariablen Problemen jedenfalls nicht aus. Die besondere psychologische Kunst besteht vielmehr darin, mit ihnen so umzugehen, daß den Konfliktpartnern bewußt bleibt, auch danach noch aufeinander angewiesen zu sein.

Auch eine noch so selbstbewußte auswärtige Kulturpolitik kann sich nicht abkoppeln von den Interessen des Landes, das damit in der Welt um Vertrauen wirbt und von dem aus sie praktiziert wird. Im Zweifelsfalle wird der Faktor Kultur immer Geisel der Außenpolitik sein (wie z. B. auch die Goethe-Institute gelegentlich konkret – zuletzt bei einer Minidemonstration von einer Handvoll Demonstranten und Dutzenden von Reportern in Los Angeles anläßlich der Zensurversuche im Internet im Januar 1996 oder bei der Besetzung des Kopenhagener Goethe-Instituts durch rechtsradikale Dänen im Frühsommer 1996). Als Auf-

tragnehmer der Bundesregierung können sich die Mittlerorganisationen über das kulturelle Leben des eigenen Landes nicht freischwebend erheben: Wenn auswärtige Kulturpolitik Dialoge mit anderen Kulturen führen will, aber dazu im eigenen Land keine relevanten Partner findet, dann hat sie schon verloren, bevor ihre Aktivitäten begonnen haben. Deswegen bleibt zu betonen, daß der wichtigste Teil der auswärtigen Kulturpolitik sich im Inneren entwickelt. Wir können im Ausland keine grandiose Kunst oder Literatur repräsentieren, wenn drinnen das kleine Karo triumphiert. Es kann effizienter sein, statt über einen Zustand über die Zustandsveränderung zu berichten.

Verbunden mit dieser Einsicht ist die Aufforderung, auch die informelle Seite der Kulturbeziehungen zu reflektieren. Die wichtigsten kulturellen Kontakte finden ohnehin jenseits der offiziellen Kulturbeziehungen auf der Ebene der Künste, der Medien, der Wissenschaften und der Unterhaltungsindustrie statt – und sie im Inland verantwortungsvoll zu entwickeln ist damit gleichzeitig ein bedeutender Beitrag zur auswärtigen Politik.

Eine neue Weltlage

Wenn immer es darum geht, über solche allgemeinen Überlegungen hinaus die Aufgaben und Möglichkeiten der auswärtigen Kulturpolitik in modernen Staaten zu konkretisieren, dann wird die aktuelle weltpolitische Situation berücksichtigt werden müssen. Sie hat sich durch das Ende der Ost-West-Bipolarität, aber auch durch die nachhaltige Krise des Fortschrittsoptimismus grundlegend verändert. In den sechziger Jahren wurde als Zeichen der Hoffnung gewertet, wie wirkungsvoll in Afghanistan bilaterale Entwicklungsprojekte der USA und der Sowjetunion synergetisch ineinander greifen (damals beflügelt wohl auch wegen der Rivalität China – Sowjetunion). Wenige Jahre später versank dieses Land im Chaos eines barbarischen Stellvertreterkriegs, aus dessen Asche einzig der politisierte Fundamentalismus als Phönix aufstieg.

Was bedeuten der Zusammenbruch des sowjetischen Machtkartells und seines ideologischen Wertesystems sowie die tiefen Krisen so mancher „westlicher“ Konzeptionen von globalem Fortschritt und weltumspannender Entwicklung in einer Situation, in der auch die ökonomische

(nicht einmal militärische) Vorherrschaft des Westens keine Selbstverständlichkeit mehr ist?

Aus der Deckung einer unangefochtenen kulturellen, wirtschaftlichen und militärisch abgesicherten Hegemonie ließ sich einst leicht argumentieren. Heute verspotten Ostasiaten die „alten“ Industriestaaten als die „newly declining (decaying) Countries“. Hat nicht auch Japan, vor Jahrzehnten selbst noch Empfänger von Technischer Hilfe, inzwischen sogar die USA und Deutschland überundet, und dies nicht nur in bezug auf die Leistungen an ODA (Official Development Assistance) in der Entwicklungshilfe, sondern auch in seinen Beiträgen zur UNESCO? Ist es der Zusammenbruch der abendländischen geistig-kulturellen Prägekraft, in dessen Folge auch die anderen Komponenten erschüttert werden, oder bewirkt die Relativierung der ökonomischen Vorherrschaft den Zusammenbruch der kulturellen?

Die Leiter unserer Goethe-Institute beobachten in 78 Staaten die Szenen vor Ort und berichten hierzulande über den Stand der Diskussion in ihren Regionen. So macht unser Mann in Jakarta, Rudolf Barth, aufmerksam auf die dynamische „Commission for A New Asia“: Sie identifiziert Asien euphorisch nicht nur als das wirtschaftliche Zentrum des 21. Jahrhunderts; sie prognostiziert auch das Hineinwachsen Asiens in eine globale moralische und politische Führungsrolle innerhalb der nächsten 25 Jahre. Auch die hochrasanten technologischen Entwicklungen in Singapur sind ein Lehrstück für die rapide Verwandlung von Träumen in Realität. Singapur ist inzwischen der einzige Staat, der keine Staatsverschuldung kennt, dafür aber eine rigorose Staatsdisziplin, mit der es seinen Platz in der Hemisphäre der Modernität zu sichern sucht.

Steht zu befürchten, daß die „Verwestlichung der Welt“ demnächst unter asiatischen Vorzeichen weitergeht? Findet die Metamorphose des Weltpolitischen ohne Einfluß der korrekt gewählten Politik-Profis statt?

Wer in Asien von „Entwestlichung“ spricht, bezieht das heute weniger auf Technologien und Kommunikationsformen – die werden getrost übernommen, wie auch manche Formen der populären Unterhaltungskultur. Bei der Entertainment-Kultur werden freilich schon andere Akzente gesetzt – nicht nur in der *Hardware*, sondern zunehmend auch in der *Software* wie z. B. der japanischen Unterhaltungselektronik, ebenso in populären Musikformen der „Ethno“-Welle oder des *Infotainment*. Entscheidend ist vielmehr die Frage, ob der Westen die ökonomische Führungsrolle zu

verlieren beginnt, vielleicht auch in seiner militärischen Überlegenheit bald relativiert wird.

Wer sich an die nachhaltigen Auswirkungen des „Sputnik-Schocks“ Ende der fünfziger Jahre erinnert, der begreift die Relativität aller Selbstgewißheit. Nur kurzzeitig schien damals die militärische Hegemonie des Westens gefährdet, aber das genügte manchen schon, das Bildungssystem der Sowjetunion als vorbildlich zu preisen. Das Beispiel dämpft unsere Sicherheit der Überzeugung, die technische Verwestlichung der Welt korrespondiere mit einer allmählichen Verbreitung westlich-liberaler politischer oder ethischer Orientierungen. Derzeit scheinen uns die „ostasiatischen Werte“ noch relativ fremd; erst wenige plädieren bei uns offen dafür, die Werte der Gemeinschaft wie in Ostasien vor diejenigen des Individuums zu setzen – aber was wäre zu erwarten, wenn die Ostasiaten immer erfolgreicher werden? In der Diskussion um Kulturimport, um Lerngesellschaft müssen wir auch solche unpopulären Fragen stellen, um sie kritisch auf ihre Tauglichkeit zu prüfen. Es könnte sein, daß uns die unterschiedlichsten Lernempfehlungen zu unreflektierten pragmatischen Entscheidungen zwingen wollen, die in ihrer erhofften Effizienz aber unbewiesen sind. Unsere politisch-moralischen Werte und demokratischen Standards scheinen nicht mehr auf alle Zeit gesichert. Oder sind jene ideologischen Programme von Jang Zemin aus China oder von Lee Kuan Yew aus Singapur bloß Nachhutgefechte autoritärer Systeme, die sich von einer mit der technisch-informationellen Modernisierung verbundenen Liberalisierung bedroht sehen?

Vielleicht sollten wir uns in der Demokratie-Diskussion nicht von den autoritären Ostasiaten herausfordern lassen. Eine im positiven Sinne größere Herausforderung sind möglicherweise jene anderen asiatischen oder afrikanischen Traditionen, für die Multikulturalität und wechselseitige Akzeptanz schon immer eine Selbstverständlichkeit waren und bei denen konsensuale Formen statt des Fallbeiles der Mehrheitsentscheidungen praktiziert wurden. Heute werden auf globaler Ebene politische Führungsqualitäten jenseits von Populismus oder Diktatur eingefordert², denen auch unsere politischen Systeme nicht mehr überall gerecht werden.

Wer sich erinnert, wie rasch angesichts der Turbulenzen der Epoche allein in den letzten Jahrzehnten vorherrschende Problemlagen und Interpretations-

2 Vgl. Stiftung Entwicklung und Frieden, Nachbarn in Einer Welt. The Commission on Global Governance, Bonn 1995.

muster gewechselt haben, ja wie schnell Weltreiche zusammengebrochen sind, der sollte seine Kräfte stärker für Offenheit im Denken und für Flexibilität in unseren Reaktionsformen aktivieren.

Viele der die Welt bewegenden Probleme der Modernisierung werden vornehmlich als vom Westen verursachte empfunden, auch wenn hier manche glauben, die Krisensymptome seien solche des Modells der Moderne. Es ist interessant und vielfach schon produktiv geworden, die Erfahrungen und Diskussionen der anderen in unsere kulturelle Öffentlichkeit bereichernd einzubringen.

„Unternehmen Deutschland“

An jenem Grundgesetzauftrag an die Politik, zuvörderst der Wohlfahrt der Menschen zu dienen, wird sich auch die auswärtige Kulturpolitik als zugleich souveräner und komplementärer Teil der Außenpolitik zu orientieren haben. Gesellschaftlicher Reichtum und wirtschaftliche Leistung, damit auch Stärke im weltpolitischen Wettbewerb lassen sich nur legitimieren, sofern sie sich diesen humanen Zielen dauerhaft verpflichten. Wer leichtsinnig und forsch das leicht kritisierbare Bild vom „Unternehmen Deutschland“ verwendet, sollte dabei nicht vergessen, daß es sich gleichwohl um ein *Non-Profit-Unternehmen* handelt. Der erhoffte Erfolg darf nicht in der bloßen Vermehrung von Gütern und der Optimierung von Reichtum bilanziert werden, sondern in der langfristigen Sicherung von Lebensqualität und in der Ermöglichung von Glückschancen für alle Bürger.

Als eine der Aufgaben für die auswärtige Kulturpolitik gilt es, zu aktivieren, was Kultur, Künste und kulturelle Öffentlichkeiten auf der Ebene der internationalen kulturellen Beziehungen beitragen können, um das beschriebene Ziel zu erreichen. Die Arbeit des Goethe-Instituts und der anderen Mittler im Sinne dieser Vorgaben entsprechend zu definieren und zu optimieren, lautet die immer aktuell bleibende Aufgabe. Mehrere Ebenen werden dabei zu berücksichtigen sein.

Eine dieser Ebenen ist für mich zunächst die einfache, aber deutliche Präsenz im Ausland und dort das Beobachten der kulturellen und sozialen Sphäre. Eine weitere Stufe wäre die behutsame Annäherung, um wechselseitige Kommunikationsfähigkeit aufzubauen, und schließlich die Darstellung der eigenen (nationalen) Positionen sowie der Austausch von Erfahrungen, Ansichten und Ideen.

Dabeisein und Beobachten

Als Gegenpart zu Fremdenangst und Abgrenzungseifer gehört Neugier zur psychologischen Grundausstattung des Menschen. Bohrende Neugier auf Lebensmöglichkeiten erhöht die Chancen für deren Erweiterung. Neugier war in anderer Form einst Teil der Triebkräfte kolonialistischer Expansion in der Moderne. Mit dem Ende der imperialistischen Wettläufe um Ausbeutung der Ressourcen wurde ein anderer Aspekt wichtiger: Neugierde bedeutet Sensibilisierung für das, was anderswo von anderen gedacht wird und Veränderungen auslöst. Einst kommandierten die großen Weltreiche ihre Gesandten in fremde Regionen, um Informationen zu sammeln und weniger zum Zwecke der Kulturmissionierung und auch nicht allein zur Steigerung der Handelsquote. Sie wollten sich genauere Kenntnisse über andere Völker verschaffen und ausloten, welche produktiven Chancen die Begegnung für das eigene Land enthält oder welche Gefahren zu gewärtigen wären. Eine offene, nicht vordergründig zweckgerichtete Neugier ist ein legitimes Essential der heutigen auswärtigen Kulturpolitik.

Daß unsere moderne Neugier sich mit dem Streben nach Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit paart, scheint dabei in der Definition eines „Egoismus zweiter Ordnung“ durchaus verständlich. Heute wird in analogem Sinne die auswärtige Kulturpolitik als „Frühwarnsystem“ für die Politik reklamiert.

Besonders nützlich dafür ist die kulturelle Präsenz mit Institutionen sublimer Vermittlungsformen, die von den Gepflogenheiten diplomatischer Vorsicht ungebremst in offener Neugier agieren können, unbelastet auch von Partialinteressen der Wirtschafts- oder Sicherheitspolitik. Wo kulturelle Akteure flexibel und mit langem Atem wirken, statt kurzatmige punktuelle Begegnungen mit Kommunikation zu verwechseln, dort können sie Neugier wecken, Kontakte knüpfen, interkulturelle Kompetenz erwerben, Gastaufenthalte von neugierigen Beobachtern aus unserem Land organisieren. *Cross-over-Projekte* des Kulturellen finden bilateral starke Resonanz.

Auch manches von dem, was unter dem neuen Stichwort „Kulturimport“ beschrieben wird, bezieht sich auf das sensible, aufmerksame Beobachten dessen, was sich in der Welt ereignet. Nicht nur, um Kreativität und Animation einzuwerben, um davon zu profitieren, sondern um reagieren zu

können auf das, was anderswo wegen seiner innovativen Qualität Furore macht, brauchen wir den Austausch. Unsere ins Ausland entsandten Mitarbeiter berichten uns von dort über alles Interessante, das sie als Erlebnis verinnerlicht und als Herausforderung für die eigene Entwicklung erkannten. In diesem Sinne bleibt die physische und psychische Präsenz der Goethe-Institute an ihren Standorten auch für die große Politik ein unersetzliches Kapital. Dabei müssen wir uns immer wieder bewußt machen, daß Kulturaustausch nur auf dem Prinzip der Gleichberechtigung Erfolg verspricht.

Deshalb wird das Goethe-Institut in Zukunft mehr als schon bisher Wert darauf legen, Repräsentanten der Künste und des Geisteslebens nicht nur in seine Institute überall in der Welt einzuladen, um dort über Kultur und Leben in Deutschland zu berichten, sondern auch, damit sie draußen Erfahrungen und Anregungen sammeln können, die ihnen sonst nicht so leicht zugänglich wären. Die empfangenen Impulse werden sie in ihren Werken verarbeiten wie weiland Goethe in seiner „Italienischen Reise“, Günter Grass in seinem „Calcutta“-Buch oder Werner Herzog in seinem Amazonas-Film „Fitzcarraldo“. Wäre Hegel in Schwarzafrika gewesen, hätte er den Völkern dort wohl kaum Zivilisation und Geschichte abgesprochen, und ein David Hume hätte so töricht nicht über Kunstwerke „südlich der Sahara“ geurteilt, die diesen Namen seiner Meinung nach nicht verdienten.

Sprache im direkten und im übertragenen Sinne

Neugierde wird erweitert durch Kommunikationsfähigkeit. Auf der vordergründigen Ebene bleibt es wichtig, daß eine genügende Anzahl von Personen unterschiedlicher Staaten jeweils die Sprache des anderen als ältestes Medium der Verständigung und des Verstehens aktiv oder mindestens passiv kennenlernt. Die Pflege der deutschen Sprache, die dem Goethe-Institut vertraglich als Aufgabe zugeschrieben ist, verlangt, allen Lernwilligen die Chance zu geben, auf allen Stufen der Perfektion Deutsch zu lernen.

Aber Sprache ist mit der ihr eng verbundenen Geistesgeschichte auch Medium des Denkens: Deutschsprachige Philosophie und Literatur z. B. haben einflußreiche Paradigmen für die Interpretation von Welt und Menschenleben beigetragen

(für die Philosophen Kant, Hegel, Marx, Habermas und für die Klassiker der Literatur Goethe, Schiller, Herder ebenso wie heute beispielsweise Walser oder Durs Grünbein läßt sich das mit gutem Gewissen behaupten). Diese literarische wie philosophische Tradition und Gegenwart gehört auch zur „Sprache“, auf deren ethisch-kulturell und sozial diversifiziertem Niveau wir mit der Welt fortwährend kommunizieren. Die in den Werken der Dichter und Denker entwickelten Vorstellungswelten enthalten oder bilden jene Begriffe, Bilder und Vorstellungen, mit deren Hilfe wir uns mit anderen austauschen. Als Symbole wirken sie oft genug auch dann, wenn ihre Worte nicht nuancengenau übersetzt werden – aber schon bald wird dann auch das Bedürfnis geweckt, in der Originalsprache die begriffliche Feinarbeit nachvollziehen zu können. Das besonders in Deutschland zu beobachtende Problem der erodierenden Sprache steht auf einem anderen Blatt.

Niemand vermöchte zu prognostizieren, wie die Rolle der Sprachen in der Welt von morgen sich verändert. Wir haben mit dem Boom der Sprachnachfrage in Osteuropa seit 1989 ermutigende Überraschungen erlebt. Wir erfahren das gesteigerte Interesse an den aus „Altbeständen“ der ehemaligen DDR übernommenen Inseln der Deutsch-Kompetenz in Ländern wie Vietnam, wo über hunderttausend Akademiker perfekt Deutsch sprechen, das sie in Ostberlin gelernt haben. Wir werden qualifiziert die materielle und intellektuelle Infrastruktur für „Deutsch als Fremdsprache“ weiterentwickeln, ohne dabei unrealistisch zu werden: Der Kampf um Anteile am Weltsprachemarkt wird nie Deutsch vor Englisch positionieren können. Englisch gilt heute unbestritten als Zweitsprache; wir werden uns aber auch nicht ohne Not aus dem Wettkampf mit anderen Sprachen abmelden.

Die Anforderungen von Kompetenz in der Computersprache werden möglicherweise einschneidende Veränderungen im Sprachbewußtsein mit sich bringen, sie werden aber das Erlernen von Schrift und Sprachen nicht überflüssig machen. Computerübersetzungen können die lebendige und differenzierte Struktur der Sprache kaum adäquat nachvollziehen. Aber wenn mit Hilfe von Sprachcomputern jeder mühelos über einen riesigen Wortschatz verfügen kann, werden unter den Vokabeln wieder die elementaren Strukturen der Sprache aufscheinen. Die Grundlagenarbeit zur Sprachlehrerfortbildung wird dies zu berücksichtigen haben, ja, sie wird ein Schwerpunkt bleiben müssen.

Goethe hatte seinen Mitbürgern empfohlen, sich die Kenntnis von drei Sprachen zur Steigerung ihres Ausdrucksreichtums zu sichern. Die EU diskutiert für ihre Sprachenkonvention ähnliche Standards. Die Dreizahl ist auch deswegen interessant, weil dann neben der Muttersprache und der Computer- und Internetsprache Englisch als Wissenschaftssprache eine dritte Sprache noch eine reelle Chance hat – vielleicht hier Deutsch, dort Französisch, und anderswo Spanisch, Russisch, Arabisch Portugiesisch oder gar Chinesisch.

Zu den anstehenden Innovationen in diesem Bereich gehört die Realisierung europäischer Standards: Sprachenlernen in europäischer Perspektive könnte bedeuten, im Goethe-Institut eines Tages nicht nur Deutsch zu lernen, sondern, wenn dies denn im Rahmen der europäischen Arbeitsteilung an einem Zielort sinnvoll ist, auch Französisch, Englisch oder Italienisch – und in den Kulturinstituten der anderen Staaten dementsprechend auch Deutsch. Dies wäre nur konsequent, wenn wir die EU-Politik in diesem sensiblen Bereich fortdenken. Ob das Ziel, Kommunikationsfähigkeit über Mehrsprachigkeit zu optimieren, dann nicht auch einschließen müßte, in Goethe-Instituten des Auslandes für Deutsche die Wege zum Erlernen der Sprache im fremden Land offenzuhalten – auch das scheint mir eine bedenkenswerte weitere Frage.

Das Interesse an Sprache und an Kultur entwickelt sich parallel, aber nicht im gleichen Takt. Aufmerksamkeit für die Kulturen kann durch die Sprache geweckt werden, aber auch der umgekehrte Weg ist denkbar. Tieferes Eindringen in die jeweilige Kultur wird nicht ohne Kenntnis ihrer Sprache möglich sein, aber das Interesse wird nicht allein über die Sprache darauf gelenkt. Diese Vielfalt der Annäherungen gilt es zu berücksichtigen, und diesem Kontext entsprechend ist die Spracharbeit zu gewichten.

Jedes Bemühen um Verständigung, um freundschaftlichen Austausch setzt Kommunikationsfähigkeit voraus. Sie ist das Minimum, das möglichst auch dann noch zu gewährleisten ist, wenn alle anderen Ebenen zwischenstaatlicher Beziehungen schon gefährdet sind. Selbst als Minimum kann es auch dann noch wirken, wenn Diplomatie und geordnete Beziehungen nicht mehr funktionieren. Trotz aller globalen Vernetzungen erkennen wir auf den modernen Landkarten immer mehr „weiße Flecken“ vorzüglich in Zonen gesprächs-unwilliger Fundamentalisten, zerfallender staatlicher Ordnung und regionalistischer Abgrenzung. Um so mehr werden die unkonventionellen For-

men der Herstellung und Sicherung von Kommunikationsfähigkeit wichtig: Gerade in diesen expandierenden „weißen Flecken“ sind es Kultur und Künste, die oft genug mühsam auch dann noch Verbindungen knüpfen, wenn die Diplomatie längst versagt hat.

Information und Präsentation

Vorsichtiges neugieriges Herantasten an jene Gruppen von Menschen, die außerhalb der eigenen Gemeinschaft und jenseits der eigenen Grenzen leben, war schon immer von dem Wunsch begleitet, von diesen als Individuum und als Partner anerkannt zu werden. Das bleibt auch wesentlich, ja wird noch wichtiger werden im Gefüge der „gemeinsamen Verantwortung“ auf unserer klein gewordenen Welt. Auch für den Handel, der einst unangefochten dominierte, ist die Anerkennung als Partner zentrales Kapital. Das galt früher nicht minder für die Pflege von Bündnispartnern in der Sicherheitspolitik, für die gemeinsame Regelung von heiklen grenzübergreifenden Fragen, für die Politik und die Praxis der Zusammenarbeit in internationalen Organisationen.

Für eine gelingende Kooperation bedarf es des Informationsaustauschs sowie entsprechender Mittel und Wege der schnellen Vermittlung von Informationen. Wir haben wie jedes andere demokratische Land großes Interesse daran, daß die Staaten der Welt uns besser kennen(lernen), und zwar mit einem so überzeugenden Effekt, daß sie uns als verlässliche Partner für Austausch, Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung akzeptieren.

Imagepflege im Ausland kann dabei nur ein Aspekt unter anderen sein. Wenn es darum geht, Deutschland im Ausland zu präsentieren, so bleiben Ehrlichkeit und Offenheit das am meisten erfolversprechende Prinzip. Potemkinsche Fassaden aufzubauen, hinter denen sich nichts Substantielles findet oder etwas völlig anderes als simuliert, bleibt erfolglos. Daher hängt die Effizienz der auswärtigen Kulturpolitik vom inneren Zustand der Kultur in unserer Republik ab. Da Künste und Literatur aber nicht manipulierbar sind, kann allein ein aufrichtiges Bild von Deutschland und den Deutschen auch der Außenpolitik bei ihrer Sympathiewerbung sekundieren und eben nicht fröhliche Werbung, die bekanntlich mehr verspricht als sie hält. Die Glaubwürdigkeit des außenpolitischen Engagements für Frieden, nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte

korrespondiert mit den Diskussionen und Praktiken im Inneren.

Auf der praktischen Ebene wird es daher entscheidend darauf ankommen, wie wirklichkeitsgerecht das von uns vermittelte Bild von Deutschland ist. Kultur und Künste aus Deutschland im Ausland zu präsentieren bleibt zentraler Programmbestandteil. Für das Goethe-Institut stehen die Bereiche Informations- und Bibliotheksarbeit einerseits, andererseits „Wortprogramme“, Veranstaltungen und Ausstellungen gemäß Rahmenvertrag mit dem Auswärtigen Amt von 1976 prinzipiell gleichberechtigt neben der Aufgabe, unsere Sprache zu lehren.

Kulturprojekte sind in diesem Verständnis sehr viel mehr als dekorative Selbstdarstellung. Im Sinne des erweiterten Kulturbegriffs beziehen sie sich auf die Lebenswelt der Gesellschaft und die Lebensform der Individuen einschließlich jener Werte, für die Deutschland in dieser Welt stehen will und in denen die Menschen in Deutschland sich ihre Zukunft vorstellen: Was ihnen wichtig ist, worin sie den Sinn ihrer Tätigkeit sehen, wie sie ihr ethisches Bewußtsein definieren und wieviel und welche Verantwortung sie wahrnehmen. In diesem Sinne meint Kulturarbeit immer mehr als nur Kunstpräsentation und Künstlerkontakt; wir verstehen Kultur als Synonym für die charakteristischen und wertbesetzten Ausprägungen der Lebensweise der Menschen.

Es gehört nicht zu den geringsten Aufgaben der Mittler der auswärtigen Kulturpolitik, allen Interessenten die Wege zur Information darüber zu ebnet, was in unserem Lande geschieht. Dazu bedarf es dringend der technologischen Modernisierung des Informationssektors. Die elektronischen Medien haben neue Ebenen von Realität geschaffen. Entsprechend sollte der Zugriff auf deutsche Informationsmedien in Datenträgern, Datenbanken und im Internet schon bald zur Selbstverständlichkeit für jedes Institut werden. Unsere Goethe-Institute z. B. in Washington, New York und Hongkong haben bereits jenen Standard erreicht, der selbstverständlich allen, die partizipieren wollen, dies mühelos ermöglicht.

Darüber hinaus wird es unsere Aufgabe bleiben, den in Deutschland wirkenden kulturellen Kräften (unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft) eine Chance zu geben, im Ausland anschaulich präsent zu sein,

- um mit ihren Leistungen an vorhandene Interessen anzuknüpfen und um fortzuentwickeln,

was im kulturellen „Erbe“ zu reaktivieren lohnt;

- um unseren Autoren, Künstlern, Philosophen die Möglichkeit zu geben, sich auf dem internationalen „Markt“ der Ideen und der Nachfrage bekannt zu machen und womöglich zu behaupten und
- um ihnen Erfahrungen mit anderen Kulturen zu ermöglichen, damit sie uns von deren Werten berichten und uns entsprechend sensibilisieren können.

Die Mitarbeiter des Goethe-Instituts repräsentieren Deutschland im Ausland nicht nur mit sensiblem Selbstbewußtsein, sondern auch mit all den Verunsicherungen, die sich jeweils aktuell aufdrängen. Sie sind in aller Regel hochmotivierte und von geistes- und kulturwissenschaftlichen Studiengängen geprägte Intellektuelle, die sich nicht beliebig instrumentalisieren lassen. Wer sie Zwecken und Aufgaben unterwerfen wollte, mit denen sie sich nicht identifizieren mögen, der würde die Motivation für ihre Arbeit und damit die wichtigste Grundlage für den Erfolg des Kulturdialogs vernichten. Ähnlich verhält es sich mit den Repräsentanten des kulturellen Lebens in Deutschland, die auf Einladung des Goethe-Instituts oder anderer Mittler ein Deutschlandbild in der Welt präsentieren, das eng an der Realität orientiert ist.

Kulturdialog ist und bleibt personengebunden und personalintensiv. Mittler und Koordinator, vielleicht auch interkultureller „Trainer“ dafür kann das Goethe-Institut sein. In den Menschen anderer Staaten und Kulturen sehen wir vor allem Kulturpartner, nicht nur Wirtschaftspartner.

Um zu nachhaltigem, nüchternem und vorurteilsfreiem Kulturdialog zu ermutigen, um „Mittlertätigkeit zwischen gleichwertigen Kulturen mit ungleichen Traditionen“ zu entwickeln (so die „Grundsätze“ des Präsidiums des Goethe-Instituts von 1995), dazu bedarf es der freien Mittlerorganisationen. Das bewährte System der inhaltlichen Autonomie dieser Institutionen zu vernachlässigen, dazu besteht nicht der mindeste Anlaß. Mehr und mehr wird das dialektische Prinzip des Gebens und Nehmens als Substanz unserer Vermittlerrolle auch von der Politik gewürdigt.

Aus Erfahrung wissen wir, daß Austausch und Dialog ohne begleitende Programme mit dem Charakter von Werkstatt und interkulturellem Training nur halb soviel wert sind. Wenn wir jene oben skizzierten diffizilen Aufgaben für das „Non-Profit-Unternehmen Deutschland“ wahrnehmen wollen, dann gehört in der neuen Weltsituation interkultu-

relle Sensibilisierung mit dezidiert professionellen Mitteln dazu. Wer interkulturelles „Social Management“ für dieses Unternehmen ernst nimmt, der sollte nach dem Vorbild von transnationalen Unternehmen auch beim Goethe-Institut Ortskräfte in Führungspositionen aufrücken lassen. Solchen Fragen werden wir nicht mehr ausweichen dürfen.

Das Zukünftige ist immer utopisch

Zu weltweiter Risikogemeinschaft und im ethischen Minimalkonsens zwangsvereinigt, sind uns die Kulturen und Staaten der Welt Partner bei der Suche nach Sicherheit, Frieden und Zukunft. Ohne Frieden und ohne die Chance zur Sicherung der Lebenswelt gibt es keine Zukunft. Mit dieser Suche nach lebenswerter Zukunft ist der Kulturdialog nicht nur Teil des Diskurses über das „richtige“ Leben. In unserer Annäherungsarbeit ist es auch wesentlich ein Dialog über die wechselseitige Akzeptanz der Wertungen des anderen Lebens in anderen Ländern und Ethnien in gemeinsamer moralischer Haftung. Erst in zweiter Linie sind für uns die anderen Nationen auch Handelspartner. Auch Wirtschaftspartnerschaft hat auf Dauer nur

bei solide gegründeter Kulturpartnerschaft eine reale Chance.

Wenn die Zivilmacht Deutschland „wegen Hitler“ sensibel bestimmte Dinge unterläßt und damit die Angst vor einem neuen deutschen Nationalismus gar nicht erst aufkommen lassen möchte, gleichwohl aber unvermeidlich ernstgenommener Akteur in der Weltpolitik wurde, dann wählt sie damit keinen deutschen „Sonderweg“; sie nimmt schlicht jenen Platz ein, den sie guten Gewissens glaubt besetzen zu sollen.

Gemeinsame Institutionen mit anderen europäischen Staaten werden mitnichten den Anschein erwecken, als würde hier ein sich abschottender europäischer oder europäisch-nordamerikanischer Block gegen den Rest der Welt entstehen. Für wirtschaftliche und für sicherheitspolitische Zukunft sind gute Kontakte zu anderen Kulturen auch unabhängig von den europäischen Partnern wichtig – solange sie nicht die eigene Glaubwürdigkeit gefährden. Europa muß nicht überall mit einer Stimme sprechen (und es gibt Dinge, in denen Deutschland z. B. mit guten Gründen eine andere Sprache als Frankreich oder England spricht). Aber das gemeinsame Interesse am offenen kulturellen Dialog ist ein unverzichtbares Kapital für den Aufbau Europas.

Internationaler Wissenschaftleraustausch als Investition in die Zukunft

Die Standortdebatte hat inzwischen auch den Wissenschaftsbereich erfaßt; daß Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort korrelieren, leuchtet unmittelbar ein. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist der Ausgangspunkt dieser Debatte: Es geht um die internationale Attraktivität des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Deutschland. Von Johann Wolfgang von Goethe, dem großen Bewunderer und Freund Alexander von Humboldts, stammt bereits das treffende Diktum: „Es gibt keine patriotische Kunst und keine patriotische Wissenschaft. Beide gehören wie alles hohe Gut der ganzen Welt.“ Ein Wort, das durch die Globalisierung aller Lebensbereiche an Gewicht gewonnen hat. Denn Globalisierung bedeutet nicht nur schnellere Überwindung der Distanzen und neue Kommunikationsmöglichkeiten. Globalisierung beinhaltet auch mehr Wettbewerb. Diesem Wettbewerb müssen sich auch die deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen stellen.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Universitäten

Ein Indikator für unsere Wettbewerbsfähigkeit ist das Interesse begabter junger Leute aus aller Welt, in Deutschland ein Studium aufzunehmen. Zwar hat sich der Anteil der ausländischen Studenten in Deutschland seit 1975 (damals 47 000, d. h. 5,8 Prozent aller Studierenden) erhöht (1994: 137 000, d. h. 7,6 Prozent aller Studierenden¹), doch hat sich inzwischen auch die internationale Mobilität der Studenten weltweit vervielfacht. So studieren zum Beispiel in den USA zur Zeit 450 000 Ausländer, darunter 82 000 Chinesen, während bei uns nur 5 000 Chinesen eingeschrieben sind. Auch mit Blick auf Japan sieht dieser Vergleich nicht besser aus: 43 000 japanische Studenten in den USA, 1 500 in Deutschland.

¹ In dieser Zahl enthalten ist jedoch auch ein hoher Anteil von „Bildungsinländern“, d. h. von Studenten, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben.

Hinzu kommt, daß von den außereuropäischen Studenten in Deutschland nur ca. 20 Prozent mit deutschen Stipendien gefördert werden. Nimmt das Interesse an deutschen Stipendienangeboten in einigen Regionen der Welt ab? Der wissenschaftliche Nachwuchs in Indonesien zum Beispiel studiert mittlerweile heute lieber in den USA oder in Australien. So konnten im Sonderprogramm Indonesien 1993 in Ermangelung ausreichender Bewerbungen nur noch 23 statt wie noch 1988 50 Stipendien verliehen werden. Immerhin: Zwölf der Mitglieder im Kabinett in Jakarta sprechen noch Deutsch. Sie gehören zu den rund 20 000 Indonesiern, die bisher in Deutschland studierten, darunter der indonesische Forschungsminister Josuf Habibie².

Die Ursachen der verblässenden Attraktivität Deutschlands für ausländische Studenten sind hinreichend analysiert worden: Während die Qualität der Ausbildung an deutschen Hochschulen außer Frage steht, wirken sich unter anderem die Sprachbarriere, bürokratische Hemmnisse durch ausländerrechtliche Regelungen sowie lange und nicht berechenbare Studienzeiten negativ in einer Kosten-Nutzen-Aufstellung aus. Ein besonderes Problem ist zudem die Anerkennung ausländischer Studienabschlüsse in Deutschland (und deutscher Studienabschlüsse im Ausland!). In diesem Sinne haben Außenminister Kinkel und Wissenschaftsminister Rüttgers im Sommer 1996 die Initiative ergriffen: Damit Deutschland den Anschluß an die internationale Wissenschaft nicht verliert, sollen unter anderem international ausgerichtete Studiengänge geschaffen werden, die je zur Hälfte mit deutschen und ausländischen Studenten besetzt und in einer Fremdsprache abgehalten werden können. Auch das deutsche Graduiertenrecht soll daraufhin überprüft werden, ob gleichzeitig mit oder anstelle von deutschen Abschlüssen international anerkannte Abschlüsse verliehen werden können.

In der gegenwärtigen Debatte sollte allerdings stärker als bisher zwischen dem Studenten- und dem Wissenschaftleraustausch differenziert wer-

² Vgl. Wirtschaftswoche, Nr. 25 vom 13. 6. 1996, S. 32.

den. Im Bereich der internationalen Wissenschaftskooperation erfreut sich Deutschland nämlich immer noch großer Beliebtheit: Von den zum Beispiel von der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) geförderten ausländischen Post-Doktoranden wählen inzwischen rund 80 Prozent der Wissenschaftler deutsche Universitäten, 10 Prozent Max-Planck-Institute und 10 Prozent sonstige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen als Standort für die Durchführung ihrer wissenschaftlichen Forschungsvorhaben. Der Bewerberandrang ist also nach wie vor ungebrochen, auch wenn aus Mittel- und Osteuropa die Zahl der Bewerbungen, die nach dem Zusammenbruch des Sozialismus drastisch angestiegen war, sich inzwischen auf ein „normales Maß“ eingependelt hat.

Verwirrung stiftete eine Auswertung des EU-Programmes „Human Capital and Mobility“, inzwischen umbenannt in „Training and Mobility for Researchers“, nach der in der Bewerbungsrunde 1994 nur 10 Prozent der Antragsteller an einem Deutschlandaufenthalt interessiert waren. Hieraus wurde der Schluß gezogen, die Attraktivität des Forschungsstandortes Deutschland habe nachgelassen. Jedoch war in einem 10-Jahres-Vergleich allein die Zahl der Bewerbungen aus den Mitgliedsländern der Europäischen Union um ein Humboldt-Forschungsstipendium um 40 Prozent gestiegen, die Max-Planck-Gesellschaft förderte 80 Prozent mehr Wissenschaftler aus EU-Ländern. Die Gesamtzahl der durch diese beiden Organisationen sowie durch die Helmholtz-Gesellschaft und den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) geförderten EU-Gastwissenschaftler für das Jahr 1994 betrug insgesamt 1 500. Diese Zahl überstieg damit das Stipendienkontingent der durch die EU geförderten Wissenschaftler um das Zwanzigfache. Von einem Rückgang des Interesses an Forschungsaufenthalten in Deutschland kann deshalb nicht die Rede sein.

Für die diversifizierte Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulstandortes Deutschland spricht die Hochschulstatistik der Humboldt-Stiftung. Nahmen 1975 nur 13 Universitäten die Hälfte aller Humboldt-Forschungsstipendiaten auf, so waren es 1985 15 und 1995 21 Universitäten. 1978 waren insgesamt 48 Universitäten und Hochschulen Gastgeber von Humboldt-Forschungsstipendiaten, 1993 waren es bereits 75. Die Tatsache, daß 1995 zwölf Universitäten in Ostdeutschland Gastgeber für 70 Forschungsstipendiaten waren, kann als Indiz gelten, daß auch die neuen Bundesländer verstärkt in diese Entwicklung mit einbezogen sind.

Daß hiervon auch die deutschen wissenschaftlichen Partner profitieren, liegt auf der Hand. Jeder ausländische Wissenschaftler bringt etwas Wichtiges nach Deutschland mit: gesicherte Erkenntnisse und interessante neue Fragestellungen. Dazu die Neugier und den Elan, die Gastwissenschaftler auf Wanderschaft auszeichnen. Deshalb kann schon die bloße Anwesenheit eines Gastwissenschaftlers die Atmosphäre eines Institutes positiv beeinflussen und die Arbeit beflügeln. Daß allein dadurch die Forschung eine neue Qualität bekommen kann, ist immer wieder zu hören. Deshalb ist der ideelle Gewinn gar nicht hoch genug zu veranschlagen. Ohne diesen internationalen Dialog würde die deutsche Wissenschaft provinziell werden. Die Förderung der internationalen Dialogfähigkeit deutscher Wissenschaftler ist hierfür eine unerläßliche Voraussetzung. Daß 1995 rund 12 400 deutsche Studenten und Graduierte über den Deutschen Akademischen Austauschdienst mit einem Auslandsaufenthalt gefördert wurden, ist daher eine erfreuliche Bilanz, die ergänzt wird durch 155 junge deutsche Nachwuchswissenschaftler, die mit einem Feodor-Lynen-Stipendium der AvH an die Forschungsinstitute ehemaliger Humboldtianer gingen. (Über das Feodor-Lynen-Programm wurden seit 1979 über 1 500 deutsche Nachwuchswissenschaftler gefördert.) Erfreulich ist auch, daß in diesem Bereich mit der Einigung zwischen Bund und Ländern über das neue Hochschulsonderprogramm (HSP III) Planungssicherheit bis zum Jahr 2000 erzielt werden konnte.

Wissenschaftskooperation stiftet Integration

Der Studenten- und Wissenschaftleraustausch darf freilich nicht primär unter ökonomischen oder nationalen Aspekten gesehen werden, wie dies die derzeitige Debatte suggeriert. Es liegt auch aus historischen, kulturellen und wissenschaftlichen Gründen im Interesse Deutschlands, den internationalen Wissenschaftleraustausch besonders zu pflegen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat der internationale Wissenschaftleraustausch entscheidend mit dazu beigetragen, daß Deutschland wieder in die internationale Gemeinschaft aufgenommen wurde. Gastwissenschaftler haben einen großen Anteil am Wiederaufbau von Wissenschaft und Forschung in Deutschland gehabt. Sie haben durch langfristige Aufenthalte in Deutschland und im Anschluß daran durch jahrelange weitere Zusammenarbeit vom Heimatland aus neue

Grundlagen für internationales Geben und Nehmen gelegt.

Eine historische Herausforderung für die deutschen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen hat sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Zusammenbruch des Sozialismus ergeben: die Neustrukturierung des Hochschul- und Wissenschaftsbetriebes in den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE). Denn Bildung und Wissenschaft haben bei der Schaffung demokratischer Strukturen in diesen Ländern eine überragende Bedeutung. Mit den Stipendien- und Personenaustauschprogrammen des DAAD, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der AvH werden hier vor allem Multiplikatoren und künftige Entscheidungsträger erreicht. Schon zu Zeiten des Kalten Krieges hatte die Humboldt-Stiftung, die nur nach Qualitätskriterien auswählt und keine Länder- oder Fächerquoten kennt, Wissenschaftler aus Mittel- und Osteuropa unterstützt. Von 1954 bis 1990 kamen rund 3 200 Wissenschaftler aus diesen Ländern zu einem langfristigen Forschungsaufenthalt nach Deutschland. Nach den politischen Umwälzungen des Jahres 1989 wurden viele der Humboldtianer in verantwortliche gesellschaftliche und politische Positionen berufen und waren bzw. sind am Transformationsprozeß maßgeblich beteiligt. Als ein Beispiel mag hier der Vorsitzende des ungarischen Verfassungsgerichts, Professor Solyom, gelten.

Beim DAAD wurden über die regulären Programme hinaus zahlreiche Förderprogramme eingerichtet. Der Austausch mit den MOE-Staaten hat sich seit dem Umbruch in Osteuropa damit beim DAAD vervierfacht. 1995 umfaßte das DAAD-Austauschprogramm mit den MOE-Staaten über 13 400 Hochschulangehörige.

Über ein spezielles Förderprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft können Wissenschaftler aus den MOE-Staaten zu Informations- und Forschungsaufenthalten nach Deutschland kommen. 1994 und 1995 wurden auf diese Weise jeweils über 1 300 Wissenschaftler gefördert. Darüber hinaus nahmen in diesem Programm 1994 rund 700 und 1995 rund 1 200 Wissenschaftler aus MOE-Staaten an Kongressen in Deutschland teil. Auch im Bereich der Beratungshilfe ist die DFG entscheidend beteiligt: Sie berät die Reformstaaten in Grundfragen der Forschungsförderung, der Administration und der Selbstverwaltung der Wissenschaft und hat inzwischen eine Reihe von Kooperations-Vereinbarungen mit entsprechenden Partnerorganisationen in den MOE-Staaten getroffen.

1992 wurde bei der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie eine „Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Zusammenarbeit mit Hochschulen in Mittel- und Osteuropa bei der Hochschulerneuerung“ eingerichtet. Themenschwerpunkte der z. Z. 1 600 Kooperationen sind die Anpassung der Hochschulstrukturen an die veränderten Gesellschafts- und Wirtschaftsbedingungen, Anpassung und Erneuerung der Curricula analog der Entwicklung neuer Lehrmaterialien (vor allem in den Geisteswissenschaften) sowie der Aufbau praxisorientierter Studiengänge nach dem Vorbild deutscher Fachhochschulen.

Hinzu kommt das Sonderprogramm des Auswärtigen Amtes zur Förderung der deutschen Sprache in Mittel- und Osteuropa, das zunächst für die Jahre 1993 bis 1995 aufgelegt war und inzwischen fortgesetzt und ausgeweitet wurde (1994 13 Mio. DM, 1995 50 Mio. DM, 1996 73 Mio. DM).

Mit den Augen der anderen

Die Frage nach der Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Deutschland wird auch künftig wesentlich mitbestimmt vom Deutschlandbild im Ausland. Über die Alexander von Humboldt-Stiftung wurde seit 1953 über 17 000 Wissenschaftlern aus 123 Ländern mit einem Forschungsstipendium oder Forschungspreis ein langfristiger Forschungsaufenthalt in Deutschland ermöglicht. Während dieses Aufenthaltes wurde ein differenziertes Deutschlandbild erworben, das in den meisten Fällen am Schluß des Aufenthaltes eindeutig positiver war als zu Beginn. Hinzu kommt, daß auch die begleitenden Ehepartner und Kinder eine eigene Vorstellung von Deutschland gewinnen konnten: Die Familie lebte Tür an Tür mit deutschen Familien, der Gastwissenschaftler arbeitete mit Kollegen im Labor oder im Archiv, die Kinder gingen in den Kindergarten und in die Schule. Neue Freundschaften wurden geknüpft.

Eine 1994 durchgeführte Auswertung der Abschlußberichte der Stipendiaten ergab unter anderem: Während die Bürokratie (insbesondere das Ausländeramt) zu 80 Prozent negativ beschrieben wird, sind die Kommentare über Kindergärten, Schulen und das Erziehungswesen, die staatliche Ordnung und allgemein das gesellschaftliche Klima ganz überwiegend positiv. Das überragende

Thema in allen Resümees sind „die Deutschen“: Immerhin 59 Prozent der Kommentare sind sehr positiv.

„Fremdheit“ und „Andersheit“ besser verstehen zu lernen – hierin lag und liegt die große Chance, die der wissenschaftliche Austausch bietet. Nicht nur der Gastwissenschaftler lernt die deutsche Kultur und Mentalität kennen, sondern in der gemeinsamen Arbeit bietet sich auch den deutschen Wissenschaftlern die Gelegenheit, andere Kulturen, andere Denk- und Sichtweisen kennen- und verstehen zu lernen. Wolf Lepenies hat in einem Vortrag mit dem Titel „Das Ende der Überheblichkeit“³ gefordert, der Westen solle sich aus der Tradition fortdauernder Belehrung lösen und mehr als bisher anderen zuhören und von anderen lernen. Tatsächlich bedürfen wir einer nach innen gerichteten Kulturpolitik mit dem Ziel, die Dialogfähigkeit gegenüber fremden Kulturen und Mentalitäten zu fördern. Die Humboldt-Gastwissenschaftler eröffnen uns diese Möglichkeit. Umgekehrt nehmen sie in der Regel intensiv am kulturellen Leben in Deutschland teil und lernen – mit ihren Angehörigen – während des Aufenthaltes auch die deutsche Sprache: So nahmen von 1953 bis 1993 insgesamt 8 684 Stipendiaten der Alexander von Humboldt-Stiftung und 1 014 Ehepartner an einem Deutschkurs auf Kosten der Stiftung teil. Aufgrund der Tatsache, daß viele Wissenschaftler aus Mittel- und Osteuropa bereits Deutsch sprechen und die Bewerber in den Gei-

steswissenschaften schon bei der Antragstellung gute Deutschkenntnisse vorweisen müssen, ist diese Zahl beachtlich hoch.

Auf diese Weise wurde und wird über mehrere Generationen hinweg ein realistisches Deutschlandbild ermöglicht. Die Bindungen an Deutschland halten oft ein Leben lang. Ein früherer Gastwissenschaftler ist in der Regel auch nach der Rückkehr in sein Heimatland an den aktuellen Entwicklungen in Gesellschaft, Kultur und Politik in Deutschland interessiert. 90 Prozent der Humboldtianer bleiben in der Wissenschaft und wirken damit in ihrer Eigenschaft als Hochschullehrer auch als Meinungsbildner. Andere nehmen führende Positionen in Wirtschaft und Politik in ihren Heimatländern ein und wirken so als Multiplikatoren, die für unsere gesamten Außenbeziehungen wichtige Partner bilden. Ohne diese vielfältigen Verbindungen wäre die deutsche Wissenschaft – aber auch Politik und Wirtschaft – provinzieller. Das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland wäre geringer ohne den Einfluß dieser „diplomatischen Vorhut“.

Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen ist deshalb davor zu warnen, im Bereich der internationalen Wissenschaftskooperation zu sparen. Dies ist ein für die deutschen Zukunftsinteressen vitaler Bereich. Es ist zugleich ein hoch sensibler Bereich, für den der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft kürzlich mit Verve plädiert hat: „Wer schlank werden möchte, sollte doch nicht gerade am Gehirnvolumen einzusparen suchen.“

3 Vgl. Die Zeit vom 24. 11. 1995.

Kultursponsoring aus Sicht der Wirtschaft

I. Einleitung

Neben dem längst etablierten und allgemein akzeptierten Sportsponsoring gewinnt das Kultursponsoring aus verschiedenen Gründen immer mehr an Bedeutung. In Zeiten, in denen sich die öffentliche Hand weiter zurückzieht, wird eine „public-private-partnership“ wichtiger. Dennoch ist Kulturförderung und -finanzierung in erster Linie eine öffentliche Aufgabe, und diese Verpflichtung darf im Zuge der Sponsoring-Diskussion auf keinen Fall verwischt werden. Die Zahlen sprechen für sich: Die öffentlichen Ausgaben für die Kultur lagen 1995 bei etwa 15 Milliarden DM. Demgegenüber nehmen sich die etwa 500 Millionen DM – noch nicht einmal 4 Prozent –, die von privaten Unternehmen für das Kultursponsoring eingesetzt werden, eher bescheiden aus.

Trotzdem – die finanzielle Situation ist für die deutsche Kulturlandschaft bedrohlich und wird wahrscheinlich noch schwieriger werden. Kulturförderung wird damit zur gemeinsamen Verantwortung, und wenn das kulturelle Angebot in unserem Land erhalten und weiter gefördert werden soll, braucht der Staat, vor allem aber die Kultur, die Unterstützung der Wirtschaft. Eben weil diese Hilfe der Unternehmen gebraucht und auch vom Staat gefordert wird, müssen staatliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung fördern.

II. Mäzenatentum und Kultursponsoring

Um an der Diskussion über Kultursponsoring teilnehmen und sich ein fundiertes Urteil erlauben zu können, bedarf es vielfältiger Informationen, an deren Anfang eine Begriffsbestimmung, eine klare Abgrenzung zu anderen Formen der privaten Kulturförderung gehört.

Häufig wird Kultursponsoring immer noch in Beziehung zum Mäzenatentum gebracht; verein-

zelt liest man sogar die These, das eingedeutschte Wort „Kultursponsoring“ verdränge oder ersetze den schönen alten Begriff „Mäzenatentum“. Beides sind Formen der privaten Kulturförderung, die jedoch sowohl von ihrer Motivation als auch von ihrer steuerrechtlichen Handhabe her klar voneinander abzugrenzen sind.

Der Begriff des Mäzens geht zurück auf Maecenas, einen römischen Großgrundbesitzer, der Dichter wie Horaz, Vergil und andere Künstler finanziell unterstützte. Grundsätzlich helfen Mäzene eher in der Stille und treten nicht ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Sie erwarten keine Gegenleistung, sie unterstützen aufgrund ihrer persönlichen Überzeugungen einen Künstler. Diese Unterstützung geschieht aus rein subjektiver, geschmacklicher Neigung. Steuerrechtlich wird die mäzenatische Unterstützung als Spende gesehen, die wie folgt definiert ist: „Eine Spende liegt im allgemeinen vor, wenn die Zuwendung der Förderung gemeinnützigen oder ähnlich ideellen Zwecken dient, freiwillig oder aufgrund einer freiwillig eingegangenen Verpflichtung gewährt wird und weder als Gegenleistung für eine bestimmte Leistung des Zuwendungsempfängers gedacht ist, noch tatsächlich in einem unmittelbaren wirtschaftlichen Zusammenhang mit einer solchen Leistung steht.“¹ Die Spende – und somit die Motivation des Mäzens – ist altruistisch. Das Mäzenatentum ist die „privateste“ Art des kulturellen Engagements, das jedem einzelnen Bürger die Möglichkeit bietet, seiner persönlichen Verantwortung der Kultur gegenüber genüge zu tun.

Kultursponsoring hingegen wird nicht von Privatpersonen, sondern von Unternehmen betrieben und beruht auf wirtschaftlichen Grundsätzen. Daß die Kultur etwas mit der Wirtschaft zu tun hat, daß sie sich auf die Wirtschaft einläßt, hat vereinzelt immer noch ein ehrenrühriges Image, vor allem bei Kulturjournalisten. Kultursponsoring ist aber eine ehrliche, weil ohne Umschweife den Zweck offen deklarierende Form privater Kulturförderung und -finanzierung. Gegenüber anderen Formen der Kulturförderung ist Kultursponsoring eindeutig ein

¹ Jochen Thiel, Kulturförderung als Betriebsausgabe aus steuerlicher Sicht, in: Kulturstiftung Haus Europe (Hrsg.), Sponsoring in der Diskussion, München 1995, S. 97.

Geschäft auf Gegenseitigkeit. Kultursponsoring handelt nach dem Prinzip des „do ut des“.

Das Ziel des Kultursponsoring ist eine Partnerschaft zwischen zwei Beteiligten, die sehr unterschiedlich sind und aus verschiedenen Welten kommen. Damit eine Partnerschaft funktioniert, damit beide Seiten sich entfalten können, müssen beide Seiten geben und nehmen. Keine Partnerschaft läuft ganz reibungslos, und bei einer Beziehung so unterschiedlicher Partner, wie Kultur und Wirtschaft es sind, sind Krisen und Reibungspunkte nicht auszuschließen. Damit beide ihre jeweiligen Zielsetzungen erreichen, bedarf es eines umsichtigen Umgangs miteinander. Es muß ein offener Dialog geführt werden, um Probleme aus dem Weg zu schaffen und Gefahren zu umgehen. Klare Absprachen über erwartete Ziele und Leistungen sind die beste Basis für wechselseitige Unabhängigkeit, Partnerschaft und geistige Freiheit.

III. Kultursponsoring in der Praxis

Die herkömmlichen Methoden der Unternehmenskommunikation werden immer uneffektiver. Die Werbung spricht das Publikum längst nicht mehr so stark an wie früher. Besonders die jüngeren Zielgruppen fliehen vor der Fernsehwerbung durch „zapping“: Beginnt ein Werbeblock, wird einfach umgeschaltet. Der Kampf um Marktanteile wird jedoch immer härter. Immer mehr qualitativ gleichwertige Produkte kämpfen um Marktanteile. Es fällt schwer, den Kunden neue Verkaufsargumente zu vermitteln. Für das einzelne Unternehmen wird es daher immer wichtiger, Argumente zu finden, die über das eigentliche Produkt hinausgehen.

Schon längst haben die Führungskräfte in Unternehmen die Wichtigkeit von Corporate Identity – dem Erscheinungsbild eines Unternehmens – erkannt. Kultursponsoring kann zur Corporate Identity Wesentliches beitragen, indem kulturelle Veranstaltungen gefördert werden, bei denen ein Imagetransfer erfolgen kann, der die Corporate Identity sinnvoll ergänzt. Mit Kultursponsoring können Kommunikationsbarrieren abgebaut werden, indem Zielgruppen in nichtkommerziellen Situationen einander begegnen: Kunstausstellungen, Konzerte und ähnliche Veranstaltungen bieten die Möglichkeit, geschäftliche Kontakte mit Geschäftspartnern, Konkurrenten oder Kunden direkt zu pflegen und zu intensivieren.

Das sind Vorteile, die Kultursponsoring dem einzelnen Unternehmen nach außen hin bietet. Kultursponsoring beinhaltet aber auch die Möglichkeit der Kommunikation nach innen, kann zur Unternehmenskultur beitragen, zur Förderung der betrieblichen Gemeinschaft und zur Aufwertung des Arbeitsplatzes; es kann der Mitarbeitermotivation bzw. -identifikation dienen.

Bei all diesen Vorteilen, die Kultursponsoring für die einzelnen Unternehmen mit sich bringt, sollte man die übergeordneten Aspekte, die mindestens genauso wichtig sind, nicht außer acht lassen. Investitionen in die Kultur sind Investitionen in die Zukunft. Neben der Steigerung der Attraktivität einer bestimmten Region durch ein reichhaltiges kulturelles Angebot gilt es vor allem, die Relevanz des Standortes Deutschland als Kulturstaat aufrechtzuerhalten. Das ist eine gemeinsame Verantwortung des Staates und der Wirtschaft.

Beschäftigt man sich eingehender mit der praktischen Situation des derzeitigen Kultursponsoring in Deutschland, so findet man einen breiten Fächer von Möglichkeiten der Förderung. Finden die richtigen Partner aus Wirtschaft und Kultur zusammen und sind sie sich über die jeweiligen Ziele einig, entstehen daraus nicht selten bemerkenswerte Projekte. Kultursponsoring ist in allen Bereichen der Kultur möglich: vom Sponsoring eines Rock- oder Popkonzertes, Ausrichten einer Kunstausstellung bis zur Ausschreibung von Förderpreisen für junge Künstler.

Welche Art des Sponsoring das jeweilige Unternehmen wählt, ist abhängig von dem Unternehmensprofil, das vermittelt werden soll. Drei Beispiele dieser Partnerschaften können die vielfältigen Möglichkeiten des Kultursponsoring deutlich machen².

1. Ruhrgas AG

Die Aktivitäten der Ruhrgas AG im Kulturbereich bestehen nach eigenen Angaben aus

- Förderung von Kunstausstellungen,
- Förderung des Deutschen Architekturpreises,
- Förderung von Deutsch-Norwegischen Stipendienprogrammen,
- Förderung von lokalen und regionalen Kulturinstitutionen.

² Auswahlkriterien waren die Unterschiedlichkeit des jeweiligen kulturellen Engagements und die von den Unternehmen zur Verfügung gestellten Informationen.

Das kulturelle Engagement wird als „finanzielle Unterstützung und Absicherung gesellschaftlich relevanter Aktivitäten im Sinne eines öffentlichkeitswirksamen Dienstes an der Gesellschaft“³ verstanden. Die Ruhrgas AG engagiert sich nicht nur als Sponsor; im Fall der Deutsch-Norwegischen Stipendienprogramme handelt es sich um Spenden, die in einen gemeinnützigen Stiftungsfonds eingebracht werden. Auch kulturelle Einrichtungen in der Region werden mäzenatisch unterstützt. Über das Kultursponsoring wurde ein eigener Weg beschritten mit der Initiierung und Förderung bedeutender Kunstausstellungen.

Die wirtschaftlichen Interessen, die das Unternehmen aufgrund seiner langfristig angelegten Vertragsbeziehungen mit den Erdgasproduzenten in West- und Osteuropa verbindet, wurden zum Anlaß genommen, um kulturelle und historische Verbindungen zu diesen Ländern in einem europäischen Kontext aufzuzeigen und deutlich zu machen, daß für die Pflege dieser Beziehungen auch andere als kommerzielle Aspekte von Bedeutung sind. Als Beispiel sei hier die Ausstellung „Monet bis Picasso – Morosow und Schtschukin, die russischen Sammler“ aus Anlaß der seit 20 Jahren bestehenden Erdgaslieferungen aus Rußland (1993) genannt. Die Ausstellung diente dem Zweck, „die energiewirtschaftlichen Beziehungen mit dem Lieferland Rußland herauszustellen, den wechselseitigen Austausch und die kulturelle Tradition zu dem betreffenden Land zu fördern und auf diese Weise Kunst und Kommerz zusammenzubringen. Außerdem sollte durch die Wahl des Museums Folkwang als Ausstellungsort die kulturelle Attraktivität des Ruhrgebiets verstärkt werden, um insbesondere nach außen deutlich zu machen, daß Kunst und Kultur im Ruhrgebiet ihren auch von der Wirtschaft geförderten Platz haben.“⁴

2. Volkswagen AG

Einer der offensivsten und deshalb wohl auch bekanntesten Sponsoren im Bereich Rock- und Popmusik ist VW. Für VW ist Kultursponsoring nach eigener Aussage Teil ihrer neuen Marketingstrategie. Das Leitmotiv dieser Strategie wird durch den Slogan „Innovativ, international und jung“ geprägt⁵. Um diese Werte, Lifestyle und die

verschiedenartigen Bedürfnisse ihrer Zielgruppen auszudrücken, hat VW eine Strategie gewählt, die „auf selbstverständliche Weise ihr Markenimage mit diesen Elementen kombiniert. Als Ziel soll eine starke Identität der Marke geschaffen werden, bei der VW im Wertesystem der einzelnen Menschen ein untrennbarer Teil ihres Lebens wird.“⁶

Um dieses Ziel zu erreichen, konzentriert sich VW auf drei Hauptelemente:

- Aufbau eines neuen, jungen Markenimages, das Trends vorwegnimmt;
- Fokussierung auf künftige Zielgruppen wie junge weibliche Käufer;
- Stärkung der Markenidentität durch Schaffen eines direkten Ansatzes⁷.

Seit 1992 ist VW international im Popmusik-Sponsoring aktiv und präsentierte die Europa-Tourneen von Genesis (1992), Pink Floyd (1994) und den Rolling Stones (1995). Hiermit hat sich VW in wenigen Jahren als bekanntester Sponsor im Bereich der internationalen Rock- und Popmusik etabliert⁸.

In diesem Jahr hat VW die Tournee der Rockband Bon Jovi gesponsert und aus diesem Anlaß drei Sondermodelle herausgebracht. „Wir haben die Verbindung ‚Musik & Automobil‘ international erfolgreich etabliert. Unser Partner Bon Jovi bietet VW die Möglichkeit, insbesondere die für uns wichtigen jungen Zielgruppen erneut attraktiv anzusprechen“, so Otto F. Wachs, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit von VW. Die Strategie der Imagebildung ist VW laut der Sponsoring-Studie 95 des Sample Instituts gelungen: „Mit VW werden die Attribute innovativ, international und jugendlich in Verbindung gebracht.“⁹

3. Hugo Boss AG

Die Hugo Boss AG sieht in ihrer Unterstützung der Kunst eine Aufgabe, zu der Unternehmen verpflichtet sind. Neben dieser gesellschaftlichen Verantwortung bildet Kultursponsoring „einen Teil der Bemühungen, den Kontakt mit ihren Zielgruppen zu pflegen und ihre Produkte für die Kunden

3 Achim Middelschulte, Im Kontakt mit der Öffentlichkeit. Das kulturelle Engagement der Ruhrgas AG, o. O. u. J., S. 1.

4 Ruhrgas AG, Neue Wege der Unternehmenskultur, Förderung von Kunstausstellungen (17. September 1993).

5 Vgl. Volkswagen Bon Jovi European Tour 1996 Press Information, Neue Marketing-Herausforderung durch die Musik von Bon Jovi, S. 1.

6 Ebd.

7 Vgl. ebd.

8 Vgl. Erhebung INRA Deutschland, Ungestützte Bekanntheit von Rock- und Pop-Sponsoren, VW bekanntester Rock- und Popsponsor, Mölln 1995, S. 2.

9 Volkswagen Bon Jovi European Tour 1996 Press Information, Volkswagen präsentiert Bon Jovi's „These days“ Europa Tournee 1996, S. 1.

mit einem weiteren Wert ästhetischer Lebenskultur zu versehen¹⁰.

Im Dezember 1994 ging die Hugo Boss AG eine Partnerschaft mit dem Solomon R. Guggenheim Museum in New York, Venedig und bald danach auch Bilbao ein, die vorläufig auf fünf Jahre festgelegt ist. „Kunst zu fördern, bedeutet für die Hugo Boss AG mehr als die Fortschreibung der traditionellen Sponsorship, bei dem ein Sponsor gibt und der Gesponserte nimmt.“¹¹ Vielmehr suchte das Unternehmen nach dem Modell einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit, die auf gegenseitigem Austausch beruht, an dem auch die Mitarbeiter beider Partner teilhaben sollten. Handel und Kunden werden aktiv in das Engagement des Unternehmens einbezogen, und die Chance, Kultursponsoring auch als Kommunikationsinstrument nach innen einzusetzen, wird in besonderem Maße genutzt: Den Mitarbeitern wird durch die Partnerschaft mit dem Guggenheim Museum ein besonderer Zugang zur Kunst ermöglicht. Es finden beispielsweise Kunstworkshops statt, es wurde eine Kunstbibliothek in der Hauptverwaltung eingerichtet, und der Art-Pass ermöglicht den Mitarbeitern, deren Familien und Freunden freien Eintritt in vielen Museen¹². Die zeitgenössische Kunst soll eine kreative Unruhe in das Unternehmen bringen, „Kräfte, die bestehende Normen und Traditionen zur Diskussion stellen, sollen gefördert werden“¹³.

Dies sind nur drei Beispiele, mit denen die verschiedenen Möglichkeiten des Kultursponsorings angedeutet werden. Grundsätzlich sind diese Möglichkeiten privater Kulturförderung unbegrenzt; die meisten Unternehmen finden im Dialog mit dem jeweiligen Partner aus der Kultur eigene Ansätze und Wege.

IV. Probleme des Kultursponsorings

In der Diskussion um Kultursponsoring ist häufig die Rede von Problemen und Gefahren. Das „Geschäft auf Gegenseitigkeit“, die Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Kultur verläuft natürlich nicht immer reibungslos, und wie bei jedem

10 Hugo Boss AG Metzingen und Solomon R. Guggenheim Museum, New York, Sponsoring, o. O. 1996, S. 4.

11 Hugo Boss AG Metzingen, Partnerschaft der Hugo Boss AG mit dem Solomon R. Guggenheim Museum, 6. August 1996.

12 Vgl. Hugo Boss AG Metzingen (Anm. 10), S. 10f.

13 Ebd., S. 6.

Geschäft bedarf es auch beim Kultursponsoring eines gut durchdachten Konzeptes.

Vor der Projektauswahl muß nüchtern analysiert werden, wie sich das Unternehmen selbst sieht, wie es tatsächlich gesehen wird und wie es gesehen werden will. Das Unternehmensprofil sollte sich im Idealfall in den Kulturprojekten wiederfinden. Mit dem Aspekt des modernen High-Tech-Unternehmens z. B. lassen sich Begriffe wie Innovationsfreudigkeit, Mut und Risikobereitschaft verbinden¹⁴. Die aufgeführten Beispiele aus der Praxis zeigen also verschiedene Möglichkeiten auf.

Um solche „richtigen“ Partnerschaften zu begründen, die inhaltlich passen und entsprechend glaubwürdig sind, bedarf es des gegenseitigen Respektes und des Einfühlungsvermögens von beiden Seiten. Völlig unakzeptabel ist selbstverständlich jegliche Einflußnahme auf kulturelle Inhalte durch den Sponsor.

Bedauerlicherweise gibt es äußere Rahmenbedingungen, die intelligentes Kultursponsoring behindern. Zum einen ist das die Berichterstattung in den Medien. Manche Kulturjournalisten sehen im Kultursponsoring immer noch etwas Ehrenrühriges und versuchen, die Sponsoren deshalb weitgehend aus ihrer Berichterstattung auszuschließen. Über die gesponserte Maßnahme wird zwar berichtet, der- oder diejenigen aber, die dazu beigetragen haben, daß diese kulturelle Veranstaltung überhaupt stattfinden konnte, werden nicht oder nur am Rande erwähnt. Medienpräsenz macht aber einen Teil des Nutzens für das Unternehmen aus. Da Unternehmen immer mehr bestrebt sind, im Interesse der Eigentümer den Wert der Aktien zu steigern, stehen die Mehrung des Unternehmenswertes und ein möglichst hoher Gewinn, der sich neben dem Kurswert in der Ausschüttung an die Aktionäre niederschlägt, im Vordergrund. Für jeden einzelnen Aktionär sollte daher ein Nutzen sichtbar sein. Ein solcher Nutzen liegt in der Medienpräsenz. Unternehmen brauchen sogar möglichst große Medienpräsenz, damit ihr Sponsoring von den Finanzbehörden als Werbe- bzw. Betriebsausgaben anerkannt wird. Da hier eine der Banden- oder Trikotwerbung im Sport entsprechende Reklame ausgeschlossen ist, kommt es in besonderem Maße auf eine angemessene Bekanntmachung der Förderleistungen des Sponsors in der Öffentlichkeit an.

14 Vgl. Ulrich Kostenbader, Interview: Wirtschaft und Kultur – die gleiche Schlacht, in: Zeitschrift für internationalen Kulturaustausch, (1996) 2, S. 44 ff. Dieses Heft ist u. a. dem Thema „Zwischen Markt und Mission“ – der privaten Kulturförderung – gewidmet.

Damit sind wir bei einem wesentlichen Problem, das sich im Zusammenhang mit Kultursponsoring für Unternehmen ergibt: den steuerrechtlichen Rahmenbedingungen. Sponsoring ist bisher kein Rechtsbegriff. Es gibt nur eine steuerrechtliche Abgrenzung zwischen Spende im Sinne des § 10b Einkommensteuergesetz (§ 9 Nr. 3 Körperschaftsteuergesetz) und (sonstigen) Betriebsausgaben im Sinne von § 4 Abs. 4 Einkommensteuergesetz. Eine Spende ist altruistisch, der Geber ist ein Mäzen, der keine Gegenleistung erwartet. Eine Betriebsausgabe hingegen muß eigennützig sein. Da die mit dem Kultursponsoring verfolgte Marktstrategie nicht das Produkt, sondern das Image des Unternehmens herausstellt, sind Probleme bei der Nichtanerkennung von Kultursponsoring als Betriebsausgabe vorprogrammiert. Es liegt im Interesse der Unternehmen, Sponsoring-Mittel als Betriebsausgaben geltend zu machen, da erstens der Spendenabzug jährlich auf zehn Prozent des Gesamtbetrages der Einkünfte beschränkt ist, zweitens Spenden nur gegenüber gemeinnützigen Vereinen, nicht aber gegenüber Privatpersonen – wie zum Beispiel Künstlern – zulässig sind.

Diese Abgrenzung zwischen Spende und Betriebsausgabe ist selbst nach Aussage des Bundesfinanzministeriums äußerst unklar; sie richtet sich laut BFH-Urteil vom 9. August 1989 nach der Motivation des Betriebsinhabers, wie sie durch äußere Umstände dokumentiert wird: „Ob ein Unternehmen mit seinem finanziellen Engagement betriebliche Werbezwecke oder uneigennützige Ziele verfolgen will, läßt sich nur anhand von äußeren Beweisanzeichen beurteilen. Am deutlichsten spiegelt sich ein Werbezweck im Gebrauch der üblichen Werbemittel und -hilfen wider. Für die Verfolgung eines Werbezwecks spricht regelmäßig, wenn konkrete Werbepfanungen stattgefunden haben oder eine Kontrolle des Werbeergebnisses durchgeführt wird. Nimmt die Veranstaltung thematisch auf den Unternehmensgegenstand oder konkrete Unternehmensprodukte Bezug, werden im allgemeinen abzugsfähige Betriebsausgaben vorliegen (Beispiel: Ein Energieversorgungsunternehmen unterstützt eine Landesausstellung zum Thema Energiepolitik). Hat die Veranstaltung hingegen einen unternehmensfremden Gegenstand (z. B. eine Kunstaussstellung), so kommt es im wesentlichen auf die äußere Darstellung der Fördermaßnahme an. Der bloße Hinweis auf die unterstützende Firma wird regelmäßig nicht zur Qualifikation als Betriebsausgabe ausreichen, denn Aufwendungen für einen (kulturellen oder sonstigen) gemeinnützigen Zweck sind nicht schon dann (sonstige) Betriebsausgaben, wenn mit ihnen

auf die Person des Spenders aufmerksam gemacht werden soll. Eine betriebliche Veranlassung ist aber dann anzunehmen, wenn die Kultur- oder Sportveranstaltung in eine betriebliche Werbeaktion in der Weise eingebunden ist, daß sie mehr oder weniger nur das Beiprogramm bildet. Ob das Kultur- bzw. Sportereignis oder das Werbeziel im Vordergrund steht, beurteilt sich primär aus der Sicht des Publikums. Bei Kulturveranstaltungen muß ein strengerer Maßstab als bei Sportveranstaltungen angelegt werden, da Kulturveranstaltungen wesensmäßig unkommerziell sind.“¹⁵

Diese Rundverfügung der Oberfinanzdirektion Düsseldorf macht das Dilemma, in dem das Kultursponsoring steckt, deutlich: Kultursponsoring ist kein übliches Werbemittel, verfolgt keinen reinen Werbezweck, und eine Kontrolle des Werbeergebnisses im üblichen Sinne ist schwer durchführbar. Viele Sponsoringmaßnahmen wären nicht möglich, wenn jede kulturelle Veranstaltung thematisch auf den Unternehmensgegenstand oder konkrete Unternehmensprodukte Bezug nehmen würde. Das gerade ist ja ein Vorteil des Kultursponsorings: weg vom unmittelbaren Produkt, hin zum Unternehmensprofil.

Entschließt sich ein Unternehmen dennoch zur Unterstützung einer Veranstaltung, die einen „unternehmensfremden Gegenstand“ hat, so wird es geradezu gezwungen, sich in den Vordergrund zu stellen, denn nur der Hinweis auf den Sponsor reicht ja zur Qualifikation einer Betriebsausgabe nicht aus. Die Oberfinanzdirektion rät den Unternehmen, was eigentlich vermieden werden sollte: Die kulturelle Veranstaltung soll nur das „Beiprogramm“ einer betrieblichen Werbeaktion darstellen. Das ist genau die Art von Kultursponsoring, die abzulehnen ist – das Unternehmen steht im Vordergrund und die Kultur wird zum Werbemittel degradiert.

Durch diese unerfreuliche steuerrechtliche Regelung wird Kultursponsoring zur Gratwanderung zwischen der gewünschten Zurückhaltung und der geforderten Offensive. Eine Verbesserung des Steuerrechts ist dringend nötig, da der Staat – vor allem aber die Kultur – auf die komplementäre finanzielle Unterstützung der Wirtschaft angewiesen ist.

Wenn am 1. Januar 1999 die Steuerreform in Kraft treten sollte, wird sich die Situation der Kultur-etats sogar noch verschärfen. Die deutschen Steuersätze sollen auf international akzeptable und die deutsche Wirtschaft belebende Größenordnungen gesenkt werden. Eine Senkung des Einkommen-

¹⁵ Rundverfügung der Oberfinanzdirektion Düsseldorf vom 9. 12. 1992, NSt. 386, ESt-RdVfg. 85/92, S. 2.

spitzensteuersatzes auf unter 40 Prozent bei wenigen Ausnahmen ist geplant. Das könnte der deutschen Wirtschaft einen kräftigen Wachstumsschub und eine nachhaltige Verbesserung im internationalen Standortwettbewerb sichern. Bei der angestrebten Steuerreform besteht jedoch die Gefahr der Beeinträchtigung von privaten Fördermöglichkeiten, falls die Abzugsfähigkeit von Spenden und Sponsoring-Mitteln eingeschränkt würde. Diese Gefahr muß abgewendet werden; statt dessen müssen von staatlicher Seite die Anreize für private Kulturförderung vergrößert werden. Das Bundesfinanzministerium hat denn auch eine Verbesserung des Steuerrechts angekündigt, mit der aber laut Auskunft des Bundesfinanzministeriums in diesem Jahr nicht mehr zu rechnen ist.

V. Fazit

Im Vordergrund aller Diskussionen über private Kulturförderung und Kultursponsoring muß die Notwendigkeit der Erhaltung der deutschen Kulturlandschaft stehen. In erster Linie ist und bleibt Kulturförderung Aufgabe des Staates. Kunst und Kultur gehören aber in unser aller Leben, folglich sind wir auch alle verantwortlich, Kultur als Allgemeingut zu erhalten und zu fördern. Wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen – finanzieller, persönlicher und fiskalischer Art –, um dieses Anliegen zu verwirklichen.

Eine Art der privaten Kulturförderung ist das Sponsoring. Kultursponsoring ist ein Geschäft auf Gegenseitigkeit; beide Seiten profitieren von dieser Partnerschaft. Es ist wichtig, konstruktiv zu diskutieren, wie die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Kultur verbessert werden kann. Diese Diskussion darf natürlich die Stellung des Sponsoring innerhalb der Kulturförderung nicht außer acht lassen. Sponsorengelder dürfen und können öffentliche Mittel nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Kultursponsoring soll den Staat von seiner Verpflichtung nicht entbinden; Kultursponsoring soll helfen, eine möglichst vielfältige Kulturlandschaft zu erhalten.

Zum einen muß sich der Gedanke der „gemeinsamen Verantwortung“ innerhalb der Unternehmen weiter durchsetzen, zum anderen aber auch das Wissen um den Nutzen, den intelligentes Kultursponsoring jedem einzelnen Unternehmen bringen kann. Hierfür sind erhebliche Verbesserungen der steuerlichen Bedingungen nötig und eine deutliche Klärung bezüglich der Abgrenzung

zwischen Spenden, Betriebsausgaben und Sponsoringkosten.

Der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie hat in seinem 1993 verabschiedeten „Schweriner Manifest“ alle gesellschaftlichen Kräfte an diese gemeinsame Verantwortung für den Erhalt und die Förderung der Kultur in der Bundesrepublik Deutschland erinnert und zur Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft und Kultur aufgerufen. Er hat in der Konsequenz dieses Manifestes 1994 einen „Aktionskreis Kultur“ ins Leben gerufen, in dem kulturpolitisch kompetente Fachleute aus Bund, Ländern und Gemeinden, aus Kultur, Wirtschaft und Stiftungen zusammenarbeiten, um Konzepte für zukunftsweisendes Handeln zu entwickeln oder zu diskutieren und sich für deren Realisierung einzusetzen.

In diesem Jahr haben der Bundesverband Deutscher Stiftungen, der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI und der Stifterverband für die Deutsche Wirtschaft das sogenannte „Grünbuch des Aktionskreises Kultur“ vorgelegt¹⁶, in dem innerhalb der Empfehlungen zur Verbesserung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts zum Thema Kultursponsoring vorgeschlagen wird: „Unter dem Gesichtspunkt, daß sich Unternehmen des Sponsorings nicht nur zum Transport kurzfristiger Werbebotschaften, sondern auch zu ihrer dauerhaften Existenzsicherung bedienen, sollten Zahlungen an gemeinnützige Einrichtungen – insbesondere an solche, die der Kultur dienen – als Betriebsausgaben anerkannt werden, wenn der Empfänger in angemessener, die Autonomie des kulturellen Lebensbereiches wahrender Weise auf den Sponsor hinweist. Einnahmen aus Sponsoring sollten bei der empfangenden Körperschaft nicht als steuerpflichtiger Zufluß aus wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb angesehen werden.“¹⁷

Es bleibt zu wünschen, daß der Staat die Wirtschaft nicht nur auffordert, sich kulturell zu engagieren, sondern daß er auch die nötigen Anreize schafft, die es Unternehmen erleichtern, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen.

16 Vgl. Aktionskreis Kultur, Eine Einführung in das Grünbuch, in: Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI (Hrsg.), Kulturförderung in gemeinsamer Verantwortung (II), Die Krise überwinden, Grünbuch des Aktionskreises Kultur, Bonn 1996, S. 7 ff.

17 Bundesverband Deutscher Stiftungen, Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, 10 Empfehlungen zur Verbesserung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts, in: Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI (ebd.), S. 20.

Olaf Schwencke: Kulturpolitik im Spektrum der Gesellschaftspolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/96, S. 3–11

Die Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland steht vor immensen neuen Herausforderungen; sie sind nicht allein aufgrund der Mittelknappheit der öffentlichen Hände entstanden, sondern viel stärker noch durch die Werte- und Orientierungskrise in der Gesellschaft bedingt. Der Bedeutungszuwachs der Kulturpolitik in den siebziger und achtziger Jahren kann politisch nur dadurch gesichert werden, daß sie sich künftig auf die unabdingbaren Kernaufgaben, zu denen auch die Entwicklung multikultureller Konzeptionen und die Integration Europas gehören, konzentriert und neue Steuerungsformen entwickelt. Dabei gilt es insbesondere, die gesellschaftspolitischen Ansätze der Neuen Kulturpolitik mit ihrem stark erweiterten Kulturbegriff und die aus diesem Zusammenhang entwickelte Förderung der Soziokultur zu sichern.

Der Autor zieht seine kritische Bilanz im Blick nach vorn unter Einschluß auch der westeuropäischen kulturpolitischen Erklärungen und Dokumente, namentlich derjenigen des Straßburger Europarats.

Andreas Johannes Wiesand: Kulturpolitik unter Reformdruck

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/96, S. 12–19

Legitimationskrisen, meist „hausgemachte“, sind im kulturellen Bereich nicht unüblich. Diesmal besteht jedoch Anlaß für eine Struktur- und Funktionsreform des deutschen Kulturföderalismus, die nach der deutschen Einigung zunächst versäumt wurde und von den Ländern sowie Kulturorganisationen ausgehen sollte. Kulturpolitik ist künftig weniger als populistische „Beglückungsstrategie“ oder prestigeträchtige Standort-PR zu sehen, sondern eher als Querschnittaufgabe, die mit zahlreichen anderen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Handlungsfeldern eng verbunden ist, ebenso mit internationalen Positionen und Beziehungen. Dabei geht es weniger um ideologische Grabenkämpfe für oder gegen privates Engagement in der Kultur, vielmehr sind – auch mit Blick auf die Medienzukunft – komplementäre Verbindungen zwischen öffentlichen Institutionen, privatwirtschaftlichen Betrieben, bürgerschaftlichen Initiativen und Individuen für Management- und Finanzierungsfragen fruchtbar zu machen.

Während die öffentliche Kulturpflege – mit den wichtigen Aufgaben Freiheitssicherung, „Grundversorgung“ und Innovationsförderung – für den Kulturstaat verpflichtend bleibt, besteht ein Reformstau u. a. im Bereich der Rahmenbedingungen für private Finanzierungsformen, für eine effizientere, weniger „behördenmäßige“ Kulturadministration und für die Selbsthilfe oder produktive Entfaltung von Künstlern.

Hilmar Hoffmann: Kulturdialog für das 21. Jahrhundert. Die Arbeit der Goethe-Institute im Ausland: Erfahrungen und Herausforderungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/96, S. 20–27

Auswärtige Kulturpolitik ist *souverän* und *komplementär* zugleich. Nie ist sie völlig souverän, immer ist sie in der Praxis eingebunden in die sich ständig wandelnde Gesellschaft, die sie im Negativen wie im Positiven als Bestandteil der Politik spiegelt und deren Entwicklung sie in der Welt vertritt. Wir können im Ausland keine grandiose Kunst oder Literatur repräsentieren, wenn „zu Hause“ das kleine Karo triumphiert. Verbunden mit dieser Einsicht ist die Aufforderung, auch die informelle Seite der Kulturbeziehungen wahrzunehmen. Die wichtigsten kulturellen Kontakte finden ohnehin jenseits der offiziellen Bemühungen auf der Ebene der Künste, der Medien, der Wissenschaften und der Unterhaltungsindustrie statt.

Für das Goethe-Institut als eine der wichtigsten freien Mittlerorganisationen der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist die Pflege der deutschen Sprache eine der zentralen Aufgaben. Allen Lernwilligen soll die Chance gegeben werden, auf allen Stufen der Perfektion Deutsch zu lernen und dabei mit der deutschen Geistes- und Kulturgeschichte vertraut zu werden. Es ist wichtig, daß eine genügend große Anzahl von Personen unterschiedlicher Staaten jeweils die Sprache des anderen aktiv oder mindestens passiv kennenlernt.

Das Interesse an Sprache *und* Kultur entwickelt sich parallel, aber nicht unbedingt gleichmäßig. Deswegen stehen die Bereiche Informations- und Bibliotheksarbeit sowie „Wortprogramme“, Veranstaltungen und Ausstellungen gemäß dem Rahmenvertrag mit dem Auswärtigen Amt von 1976 prinzipiell gleichberechtigt neben der Spracharbeit. In diesem Rahmen wird es Aufgabe des Goethe-Instituts bleiben, den in Deutschland wirkenden kulturellen Kräften eine Chance zu geben, im Ausland präsent zu sein. Deshalb legt das Goethe-Institut Wert darauf, Repräsentanten der Künste und des Geisteslebens nicht nur in seine Institute überall in der Welt einzuladen, damit sie dort über Kultur und Leben in Deutschland berichten, sondern auch, damit sie „draußen“ Erfahrungen und Anregungen sammeln können, die ihnen sonst nicht so leicht zugänglich wären.

Kommunikationsfähigkeit auf der Ebene der Sprache und der Kultur ist das Minimum, das möglichst auch dann noch zu gewährleisten ist, wenn alle anderen Ebenen zwischenstaatlicher Beziehungen schon gefährdet sind. Kultureller Dialog kann auch dann noch wirken, wenn Diplomatie und geordnete Beziehungen nicht mehr funktionieren. In diesem Sinne ist Kulturdialog Teil des Konfliktmanagements.

Manfred Osten: Internationaler Wissenschaftlertausch als Investition in die Zukunft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/96, S. 28–31

Die Standortdebatte hat inzwischen auch den Wissenschaftsbereich erfaßt; Ausgangspunkt der Debatte ist die internationale Attraktivität des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Deutschland. Dem stärkeren Wettbewerb im Zuge der fortschreitenden Globalisierung müssen sich auch die deutschen Hochschulen stellen. Trotz steigender Zahlen ausländischer Studierender hat Deutschland nicht genügend teil an der weltweit expandierenden Mobilität der Studenten, vor allem jener aus Asien. Demgegenüber erfreut sich Deutschland im (postgraduierten) Wissenschaftsbereich immer noch großer Beliebtheit. Bei der Alexander von Humboldt-Stiftung ist der Bewerberandrang nach wie vor ungebremst. Eine besondere Herausforderung stellt die Hilfe bei der Reform des Hochschul- und Wissenschaftssystems in Mittel- und Osteuropa dar.

Während die gegenwärtige Debatte vor allem unter ökonomischen Gesichtspunkten geführt wird, ist internationaler Wissenschaftlertausch nicht nur für die Innovationsfähigkeit der deutschen Wissenschaft und Wirtschaft, sondern auch unter historischen und kulturellen Aspekten von herausragender Bedeutung. Denn die Studenten und Nachwuchswissenschaftler von heute sind die Eliten von morgen, denen in zukünftigen Entscheidungsprozessen eine wichtige Rolle zukommt und die als Multiplikatoren in ihren Heimatländern wirksam werden. Das Engagement für den internationalen Austausch von Wissenschaftlern liegt im vitalen Interesse Deutschlands und darf daher keinesfalls als Steinbruch für weitere Sparmaßnahmen dienen.

Arend Oetker: Kultursponsoring aus Sicht der Wirtschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/96, S. 32–37

Da die öffentliche Hand sich aus den kulturellen Verpflichtungen immer weiter zurückzieht, wächst die gemeinsame Verantwortung der Gesellschaft gegenüber der Kulturförderung. Eine Form der privaten Kulturförderung ist das Kultursponsoring, das sowohl von der Motivation als auch von der steuerrechtlichen Handhabung her klar vom Mäzenatentum abzugrenzen ist. Kultursponsoring ist ein Geschäft auf Gegenseitigkeit und beruht auf dem Prinzip des „do ut des“. Beide Seiten, Wirtschaft und Kultur, sollen voneinander profitieren – in unterschiedlicher Form, aber in gleichem Maße. Klare Absprachen über erwartete Ziele und Leistungen sind die beste Basis für wechselseitige Unabhängigkeit, Partnerschaft und geistige Freiheit.

Kultursponsoring birgt viele Vorteile für das einzelne Unternehmen. Es eignet sich als Kommunikationsinstrument, mit dem der Öffentlichkeit das Unternehmensprofil nahegebracht werden kann. Unternehmensintern kann Kultursponsoring die Mitarbeitermotivation bzw. -identifikation steigern.

Investitionen in die Kultur sind Investitionen in die Zukunft. Es gilt, die Relevanz des Standortes Deutschland als gewachsener Kulturstaat aufrechtzuerhalten. Damit Unternehmen dieser gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen können, muß der Staat Verbesserungen der steuerlichen Rahmenbedingungen schaffen, die einen Anreiz zu und nicht eine Verhinderung von privater Kulturförderung bieten.